

GE-W 165

Reichspogromnacht vor **80 Jahren**



Synagoge 1885-1938



Gelsenkirchener Synagoge ab 2007



Einladung zur Personalversammlung 2018

für Beschäftigte an Grundschulen jeweils mit StS Mathias Richter

Gladbeck

Mittwoch, 18.04.; Beginn 13 Uhr

Spannungsfeld Grundschule

im Umspannwerk Recklinghausen
Uferstr. 2,
45663 Recklinghausen

Gelsenkirchen

Dienstag, 15.05.; Beginn 13 Uhr

Perspektiven für Gelsenkirchen

Gesamtschule Erle
Mühlbachstraße 3,
45891 Gelsenkirchen

Inhalt

Termine auf einen Blick / Inhalt _____ 2

Auf ein Wort/ Generationenwechsel _____ 3

Jüdisches Leben in Gelsenkirchen heute _____ 4

Nazis brennen vor 80 Jahren
Gelsenkirchener Synagogen nieder _____ 5

"Wenn ich sie Morgen noch hier erblicke,
werden sie TOTGESCHLAGEN!" _____ 6-7

Hinrichtung der „Weißen Rose“ vor 75 Jahren _____ 8-9

Antisemitismus begegnen _____ 10-11

Pressemitteilungen
GEW Erziehung und Wissenschaft _____ 12-15

SPD-Antrag zur Lehrer-Besoldung abgelehnt/
Lehramtsstudium immer beliebter /
Duale Ausbildung schützen/
Hängepartie vor Ausbildung _____ 16

Personalversammlung in Gelsenkirchen
Anträge & Resolutionen _____ 17-20

GEW: 89 Prozent mehr in Erziehung und Bildung ! _____ 21

Erklärung des Niedersächsischen Landesausschusses
für Migration, Diversität und Antidiskriminierung der GEW _____ 22

Deutlich machen,
dass Wandel der Arbeitswelt gestaltbar ist. _____ 23

Die Wahrheit über unser Schulsystem /
Immer mehr Kids rauchen Shisha/ Mehr junge Komasaüfer _____ 24

So gelingt Veränderung
Motivation in stürmischen Zeiten _____ 26-27

„Heartbeats“ als App/ Schlafen fürs Herz/
Hohe Kosten durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen _____ 28

Durch Zeitumstellung aus dem Takt _____ 29

Rentenniveau stabilisieren/
Aktiv im Betrieb/ Nicht bis zur Rente _____ 30

Im Musterverfahren ist Geduld gefragt. _____ 31

Bleiben Smartboards am Ende auch nur Tafeln?
100 Jahre Frauenwahlrecht/ Sanierungsstau
bei Schulgebäuden _____ 32

Einfach mal abschalten. Regelmäßige Pausen sind wichtig. _____ 33

Es fehlt an einer rationalen Wirtschaftspolitik
– endlich mit dem Neoliberalismus brechen. _____ 34

Flickenteppich
Koalitionsvertrag 2018 der Bundesregierung _____ 35

1. Mai 2018, Demonstration und Kundgebung in Gelsenkirchen am Musiktheater



Genauere Termininformationen unter:

GEW-Geschäftsstelle: Essener Str. 88, 45899 Gelsenkirchen,
Tel.: 0209 513759, **E-Mail:** gew-ge@gmx.de, **Homepage:** www.gew-gelsenkirchen.de

Termine vorab auf einen Blick

11.04.18 Zukunftswerkstatt mit Riemer-Becker
18.04.18 Vortrag Digitalisierung
18.04.18 PV GS Recklinghausen
27.04.18 Kundgebung Gelsenkirchen Hans-Sachs Haus
02.05.18 Filmabend mit den GRÜNEN
15.05.18 PV GS Gelsenkirchen
16.05.18 Vorstandssitzung
05.06.18 Bildung:- weiter denken! Mit Bildungsdezernentin Annette Berg
06.06.18 Zukunftswerkstatt mit Riemer-Becker
13.06.18 2. Filmabend mit den GRÜNEN
27.06.18 Lehrerräteschulung in GE
04.07.18 Vorstandssitzung
31.08.18 GEW Schuljahresauftakt, Sommerfest
05.09.18 Besichtigung der Synagoge (nur mit Voranmeldung)
09.11.18 Jubilar-Ehrung

Auf ein Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Endlich haben wir eine Bundesregierung! Die Erwartungen der Menschen und insbesondere von uns Beschäftigten im Bereich Bildung und Erziehung sind hoch. Die Steuerquellen sprudeln, und gleichzeitig bleibt regional ganz viel auf der Strecke. Ein Bildungssystem aus dem vergangenen Jahrtausend ist nicht imstande, die vielfältigen Aufgaben der Jetztzeit zu stemmen. Es bedarf einer politischen Kraftanstrengung, Bildungsbenachteiligung, Kinder- und Altersarmut, Sanierungsstau in Bildungseinrichtungen, Inklusion, Digitalisierung, Flüchtlinge und Zuwanderer etc. ernst zu nehmen, Lösungen anzubieten und Bewährtes weiter auszubauen (z.B. vorhandene Präventionsketten). Wir werden hoffentlich schon bald erleben, dass Politik bereit ist, diese Problemfelder anzupacken.

Mit dieser Ausgabe danken wir unserem Kollegen Karl-Heinz Mrosek für seine beinahe 50 Jahre Engagement in der GEW (s.u.). Er hat den Staffelstab in der Jahreshauptversammlung nun an die nächste Generation übergeben.

Vor 80 Jahren hat der Nationalsozialismus vor nichts mehr zurückgeschreckt. Wir rufen deshalb die Gräueltaten unserer Vorfahren (Seiten 5-11) in Erinnerung und sind dankbar, dass jüdisches Leben in Gelsenkirchen nicht vollständig ausgelöscht wurde. Die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Gelsenkirchen, Judith Neuwald-Tasbach, gibt uns in ihrem Artikel wichtige Impulse (Seite 4).

Auch für das Zusammenleben der Kulturen in unserem Land muss die Politik klare Rahmenbedingungen schaffen. Alle Menschen, die hier leben und die demokratische Grundordnung unseres Staates zu ihrer Prämisse gemacht haben, müssen gewiss sein dürfen, dass sie dazugehören. Für alle, die zu uns kommen ist eine schnelle Klärung des Status erforderlich, damit sie einer Tätigkeit nachgehen können. Wir alle sind herausgefordert das Miteinander zu gestalten, einander

Generationenwechsel – Karl-Heinz Mrosek übergibt Staffelstab

Bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung wurde unser Kollege Karl-Heinz Mrosek mit großer Anerkennung für seine gewerkschaftlichen Verdienste aus dem Vorstand verabschiedet. Karl-Heinz' Weg in der GEW begann im Jahr 1971. Bereits 1972 war er im Vorstand des Stadtverbandes tätig. Es folgten drei Jahre als stellvertretender Landesvorsitzender der GEW-NRW. Bekannt und als gewerkschaftliche Säule geschätzt wurde Karl-Heinz durch seine große Beratungskompetenz. Mit seinem Fachgruppenteam, damals noch Grund- und Hauptschule, gewann er die Mehrheit im örtlichen Personalrat, dessen Vorsitz er über 25 Jahre inne hatte.

In den zurückliegenden 10 Jahren bereitete Karl-Heinz den Generationenwechsel vor. So führte er das Leitungsteam ein. Mit diesem Team arbeitete Karl-Heinz zusammen und übergab nun den Staffelstab an Britta Logermann und Lothar Jacksteit.

Der GEW-Stadtverband dankte Karl-Heinz Mrosek herzlich für seinen unermüdlchen Einsatz über fast 5 Jahrzehnte und freut sich, dass er auch weiterhin beratend zur Verfügung steht.

Lothar Jacksteit



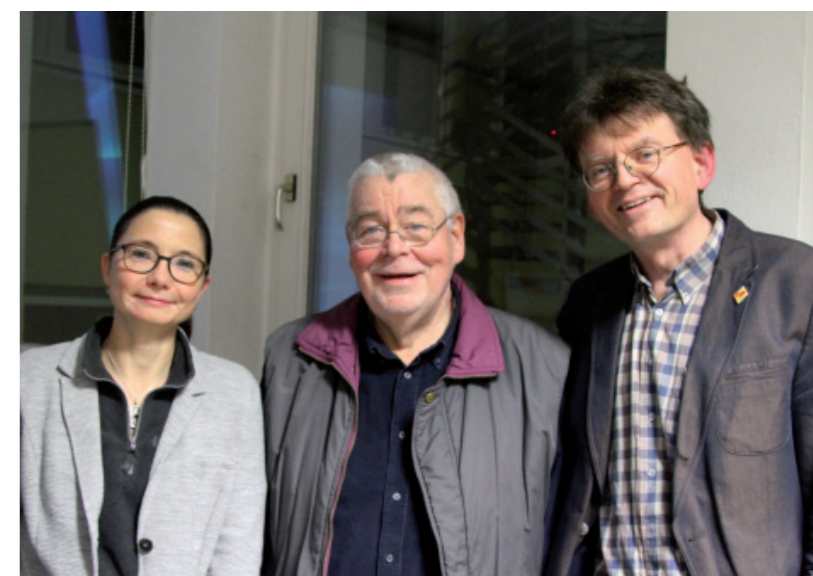
die Hände zu reichen und gemeinsam ins Gespräch zu kommen. Ohne Zweifel beruht dies auf Gegenseitigkeit. Doch, wenn wir immer nur darüber reden und es nicht leben, dann kann dies nur schwer Wirklichkeit werden.

Bei aller Kritik an den Religionen glaube ich, dass Vorbilder eine ganz entscheidende Rolle spielen. So ist damals der Jude Jesus von Nazareth zum Ärgernis geworden, weil er den Religionsführern seiner Zeit deutlich zu verstehen gegeben hat, dass er von einem „-tum“ bzw. „-ismus“ nichts hält. Nicht ohne Grund bringt er zum Ausdruck: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ Er gibt zu bedenken: „So euer Glaube nicht (gute) Werke hat, ist er tot in sich selber.“ Sind es nicht gerade wir Menschen, die uns durch Ideologie, „-tum“, „-ismus“ etc. das Leben zur Hölle machen? Wir brauchen auch heute glaubwürdige Vorbilder, die wie Jesus von Nazareth mit Wort und Tat bereit sind, dagegen zu setzen: „Lebt in der Freiheit! Tut Gutes! Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ Uns allen ist heute sehr bewusst, dass er mit seinem Appell „Kehrt um!“ nicht nur den Nerv der damaligen Zeit getroffen hat, sondern auch uns heute noch ermutigt, nicht so weiter zu machen wie bisher. Insbesondere in den Bereichen Umwelt, Armut etc. ist ein Umdenken erforderlich. Wir benötigen deshalb solche Vorbilder bzw. Beispiele jeden Tag, mitten unter uns!

Wer in unserem Bereich „Bildung. Weiter denken!“ möchte, ist herzlich eingeladen, sich unserer Gewerkschaftsbewegung anzuschließen. Gelegenheiten bieten sich genug, wie der Terminkalender auf Seite 2 zeigt.

Die GEW- Gelsenkirchen und Gladbeck freut sich auf den Austausch.

Ihr / euer
Lothar Jacksteit



Britta Logermann, Karl-Heinz Mrosek und Lothar Jacksteit



Jüdisches Leben in Gelsenkirchen heute

Der Betsaal, Saal für Gottesdienste

Das es heute wieder jüdisches Leben auch in Gelsenkirchen, Gladbeck und Bottrop gibt, ist den wenigen Überlebenden zu verdanken, die damals nach dem Ende des Dritten Reiches hier geblieben sind. Sie sind zurückgekehrt an den Ort, wo sie Schlimmstes erleiden mussten. Mein Vater Kurt Neuwald war einer der wenigen überlebenden Gelsenkirchener Bürger, die in ihrer Heimatstadt bleiben wollten, weil sie Hitler nicht recht geben wollten, dass Deutschland judenrein werden sollte. Sie wollten, dass jüdisches Leben in Deutschland trotz alledem weiter existiert. Und sie haben fest daran geglaubt, dass die neu geschaffene Demokratie und das Grundgesetz es für alle Zeiten verhindern würden, dass es jemals wieder Haß, Intoleranz und Antisemitismus in diesem Land geben würde. Sie haben 1958 einen jüdischen Betraum in der Von-der-Recke-Straße gegründet, in dem die kleine Gemeinde Gebete zum Schabbat, dem jüdischen Ruhetag, abhielt, dort wurden die jüdischen Feiertage begangen und jüdischer Religionsunterricht für die wenigen Kinder erteilt. Es war eine kleine Gemeinde, sehr familiär, und das Gemeindeleben fand weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit statt. Ganz selten kamen einmal Schulklassen zu uns. Durch die Zuwanderung der jüdischen Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion ab 1990 nach Deutschland, mit ihrer traurigen Geschichte der Diskriminierung und Unterdrückung, vergrößerte sich die Zahl der Gemeindeglieder auch in Gelsenkirchen stark. Die alten Räumlichkeiten reichten für die vielen Menschen nicht mehr aus. Durch die Hilfe sehr engagierter Unterstützer und mit der finanziellen Unterstützung durch die Stadt und das Land, konnte am 01.02.2007 an dem Ort der alten, zerstörten Synagoge, die neue Synagoge an der Georgstrasse eröffnet werden.

Ein großes "Haus der Gebete für alle Völker" (Jesaja 56,7) ist dort entstanden und bietet den Gemeindegliedern Platz für jüdisches Leben in allen Facetten. Wir nennen eine Synagoge eigentlich: „Haus des Gebets/Bejt ha Tefilah, Haus des Lernens,/Bejt ha Midrasch und Haus der Versammlung/Bejt ha Knesseth“. Wir lernen und beten gemeinsam, Rabbiner Kornblum gestaltet schöne Gebete und erteilt Bar-Mitzwah- und Bat-Mitzwah-Unterricht. Unser Lehrer unter-

richtet in drei Klassen die jüdischen Kinder unserer Gemeinde und lehrt sie jüdische Geschichte, die jüdischen Traditionen und Bräuche und die hebräische Sprache. Wir haben mehrere Seniorengruppen, Deutschunterricht und Gedächtnisschule für die Senioren, einen Chor, eine Theatergruppe, Kleinkinder- und Jugendgruppen und Kindergesangsunterricht. In unserem Hause arbeiten aber nicht nur jüdische Menschen, sondern ganz bewusst auch christliche und muslimische Mitarbeiter. Und wir haben im Haus ein sehr harmonisches Miteinander.

In der neuen Synagoge haben wir die wunderbare Möglichkeit, den Menschen um uns herum das Wissen um die jüdische Religion und die jüdische Kultur wieder näher zu bringen. Wir haben immer viele Besucher bei Führungen, Vorträgen, Ausstellungen, Musikveranstaltungen, Gedenktagen, Lesungen u.v.m., und wir hoffen dadurch, dass das Miteinander und Kennenlernen vor Vorurteilen schützt. Und trotz vieler schöner Begegnungen, viel Zuspruch und gutem Miteinander, gibt es leider heute doch auch wieder verstärkten Antisemitismus. Jüdische Menschen sorgen sich um die Zukunft unseres Landes. Es gibt Beschimpfungen auf der Straße, wenn man ein Käppchen trägt, Kinder in der Schule hören das Schimpfwort „Du Jude“, es werden Hakenkreuze geschmiert etc.. In allen Bereichen der Gesellschaft ist er zu finden, der alte und der neue Antisemitismus, muslimischer Antisemitismus, und leider auch wieder diejenigen, die alles sehen und hören, die aber nichts sagen und wegschauen.

Wir müssen Wege finden, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, und die Geschichte niemals in Vergessenheit geraten zu lassen. Wir müssen den Holocaust in den Schulen thematisieren, damit wir verstehen, und aus den Fehlern der Vergangenheit lernen können. Unsere Jugendlichen müssen die Geschichte erfahren, sie müssen jüdisches Leben kennenlernen, und sie sollten im Laufe der Schulzeit, gut vor- und nachbereitet, auch eine Gedenkstätte besuchen. Dort, vor Ort, wird dann das ganze schreckliche Ausmaß der Katastrophe deutlich sichtbar und begreifbar, und die Jugendlichen nehmen das mit in ihre Zukunft!

Antisemitismus bedroht nur vordergründig die jüdischen Menschen in unserer Gesellschaft, vielmehr wird er unsere ganze Gesellschaft zerstören. Wer das Grundrecht missachtet, und Bürger unseres Landes z.B. wegen ihrer Religionszugehörigkeit diskriminiert, zerstört unsere Demokratie. Wir alle, die Deutschland unser Zuhause nennen, wir alle tragen Verantwortung dafür, welchen Weg dieses Land gehen wird. Lassen Sie uns gemeinsam und mutig eine friedliche und lebenswerte Zukunft gestalten, die keinen Raum lässt für Haß und Intoleranz!

**Jeder einzelne soll sich sagen:
Für mich ist die Welt erschaffen worden,
daher bin ich mit verantwortlich.**

Talmud Bavli Sanhedrin 7

Judith Neuwald-Tasbach

Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Gelsenkirchen,
Gladbeck und Bottrop

Nazis brennen vor 80 Jahren Gelsenkirchener Synagogen nieder

In Gelsenkirchen gab es bis zum 9. November 1938 zwei Synagogen. Die ältere von beiden stand im Zentrum Gelsenkirchens gegenüber der heutigen Gemeinschaftsgrundschule an der Georgstraße. Sie wurde im August 1885 eingeweiht und verfügte über 428 Sitzplätze.

Die Einweihung der jüngeren Synagoge fand im November 1922 an der Maelostraße in Gelsenkirchen-Buer statt. Jeden Freitagnachmittag und Samstagvormittag sollten fortan Gottesdienste gehalten werden. Diesem kulturellen Reichtum wurde durch die unbeschreiblichen Gräueltaten der Nationalsozialisten, die in der sogenannten Reichskristallnacht (Reichspogromnacht) einen Höhepunkt erreichten, ein jähes Ende gesetzt.

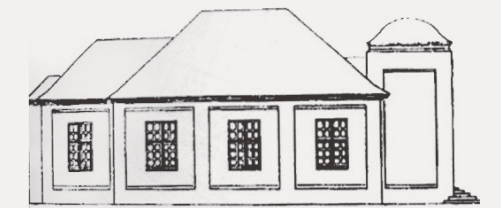
Im Erinnerungsband (Heft 0, Die Synagoge in Buer 1922 – 1938, S.26+27) der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Gelsenkirchen sind die furchtbaren und für uns heute unvorstellbaren Taten festgehalten:



[...] „Am späten Abend des 9. November wird die Maelostraße durch SA-Leute abgesperrt. Neugierige können weder von der Horster Straße noch auf Umwegen die Synagoge erreichen. Nur die nächsten Nachbarn sehen, daß die Synagoge angezündet wird. Und weil die Flammen nicht hoch genug schlagen, holen die Brandstifter – es sind einige in Buer bekannte NS-Leute, allerdings nicht in Uniform – eine Leiter, nehmen von der Ecke der Synagoge die Dachpfannen ab und

gießen brennbare Flüssigkeit in den Innenraum. Daraufhin lodert das Feuer so stark auf, daß die Feuerwehr das neben der Synagoge stehende Haus vom Gymnasiallehrer Ernst Eickel mit Wasser aus mehreren Rohren schützen muß. Die Synagoge wird nicht gelöscht und brennt bis auf die Reste der Außenmauern ab. [...]

Im dritten Haus neben der Synagoge, in der Maelostraße 9, wohnt der Maurer Xaver Miesler, 65 Jahre alt.



Als er sieht, was geschieht, stürzt er zu den Feuerwehrleuten und ruft: „Die Synagoge brennt! Warum hilft denn keiner?“ Dann läuft er zum Eckhaus Horster Straße / Maelostraße, um den Juden Katzenstein zu Hilfe zu holen. Vor dem Haus angekommen, sieht er fassungslos, daß aus Katzensteins Fenster Geschirr, Mobiliar, Bettzeug und Bücher auf die Straße geworfen werden. Da dreht sich der alte Herr Miesler um und geht weinend nach Hause.“ [...]



Das Mahnmal zur Erinnerung an die 1938 zerstörte jüdische Synagoge in Buer an der Maelostraße



Die Ecke De-la-Chevalerie- und Brinkgartenstraße in Buer. Irgendwo hier in diesem Bereich wurde der Kaufmann Julius Less im April 1933 öffentlich zusammengeschlagen.

Quelle: 33/ März 2018 issso GE

"Wenn ich sie Morgen noch hier erblicke werden sie **TOTGESCHLAGEN!**"

Warum der Kaufmann Julius Less Buer verlassen musste.

von Andreas Jordan, Gelsenzentrum e.V.

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Januar 1933 begann für jüdische Menschen und weitere Bevölkerungsgruppen in Deutschland eine Zeit der täglich zunehmenden Diskriminierung, Repression und Bedrohung. Lange bevor die gesellschaftliche Ausgrenzung von Millionen von Menschen mit den Nürnberger Gesetzen 1935 offiziell gemacht wurde, begann die SA bereits, jüdische Mitbürger auf offener Straße zu verfolgen und massiv anzugreifen. Was hier im Alltag seinen Anfang fand, endete einige Jahre später in den Vernichtungslagern des Ostens, in Gaskammern, Erschießungskommandos und der buchstäblichen Ausrottung ganzer Familien.

Einen in seiner Detailliertheit seltenen Bericht aus der Anfangszeit der Judenverfolgung in Gelsenkirchen ist uns vom Kaufmann Julius Less aus Buer überliefert. Für ihn begann der Holocaust bereits ganz konkret im April 1933.



Heute erinnert vor dem Haus Im Quartiermeister 18 ein Stolperstein an das Schicksal von Julius Less. Der Stein wurde am 6. Oktober 2016 durch den Kölner Künstler Gunter Demnig verlegt.

Julius Less wurde am 5. Januar 1893 in Kamin/Westpreußen geboren, 1926 kam er nach Buer/Westfalen. Im April 1933 wurde Julius Less in der Buerschen Innenstadt zweimal von SA-Leuten in der Öffentlichkeit zusammengeschlagen, weil er Jude war. Drei Wochen später erfuhr er dann, dass die SA ihm nach dem Leben trachtete und ihn suchte. Einige Tage nach diesen Vorfällen floh Julius Less nach Holland und wohnte in Amsterdam zunächst an der Vechtstraat 21. In den Niederlanden lernte er seine spätere Frau, die am 4. September 1902 in Amsterdam geborene Mietje Plas, kennen. Das Paar heiratete und lebte im Februar 1941 in Amsterdam an der Blasiusstraat 80 II. Doch nach der deutschen Besetzung der Niederlande änderte sich die Situation der dort lebenden deutschen Juden dramatisch. Die Bevölkerung begegnete den Flüchtlingen deutscher Herkunft nun mit Misstrauen. Die Nazis brachten in der Folge auch in den Niederlanden die

gegen Juden gerichtete Verfolgungsmaschinerie in Gang. Ende 1941 begannen die Vorbereitungen für die Deportationen. Am 30. Dezember 1942 wurde auch das Ehepaar Less verhaftet und im „Polizeilichen Judendurchgangslager“ Westerbork interniert. Mietje und Julius Less wurden am 22. April 1943 von Amsterdam (Hollandsche Schouwburg) via Westerbork mit dem Transport XXIV/1, nr. 157 in das Ghetto Theresienstadt verschleppt.[1] Hier wurde Julius Less in der sogenannten Hannover-Kaserne, Hauptstraße 1, untergebracht.[2] Am 29. September 1944 wurde er von Theresienstadt mit dem Transport EI, nr. 561 weiter in das KZ Auschwitz deportiert. Das genaue Datum und die Umstände seines Todes sind nicht mehr feststellbar. Mietje Less, interniert in Westerbork ab dem 17. April 1943, wurde am 6. Oktober 1944 von Theresienstadt in das KZ Auschwitz verschleppt, wo man sie am 8. Oktober 1944 ermordete.[3]

Im folgenden die ungekürzte Abschrift eines Berichts, den Julius Less nach seiner Flucht aus Gelsenkirchen-Buer nach Holland am 29. November 1933 in Amsterdam niedergeschrieben hat.

Bericht von Julius Less: In Buer/Westf. von SA-Männern verfolgt und verprügelt

Unterzeichneter gibt hiermit seine Erklärung, weshalb ich meinen letzten Wohnort in Deutschland verlassen musste. Bemerke, dass ich am 5. Januar 1893 zu Kamin in Westpreußen geboren bin.

Mit meinem 14ten Lebensjahre, im Jahre 1907, kam ich zur Provinz Westfalen und erlernte dort 3 1/2 Jahre lang den Kaufmannsberuf (Herrenkonfektionsbranche). Bei Ausbruch des Krieges war ich 21 Jahre alt. Im Herbst 1914 wurde ich zum Militär einberufen. Im Frühjahr 1915 wurde ich in der Champagne-Schlacht schwer verwundet. 1917 kam ich ein zweites Mal nach Frankreich zur Front. Nach Beendigung des Krieges ging ich wieder einem Beruf nach.

Bis zum Jahre 1926 war ich in Cleve/Rhld. in Stellung, von dort ging ich nach Gelsenkirchen-Buer, wo ich vom Jahre 1926 an gewohnt habe. Diesen Ort musste ich durch den Umsturz in Deutschland plötzlich verlassen, da im Frühjahr 1933 jeder, dem man den Juden von weitem ansah, der Gefahr ausgesetzt war, ohne jeden nichtigen Grund und ohne polizeilichen Schutz von der SA oder SS nach Belieben und ihrer eigenen Willkür misshandelt zu werden. Die Polizeimacht war in den Händen der SA, und diese machte, was sie wollte. Im April 1933 ging ich durch die Straßen im Geschäftsviertel von Buer. Es war an einem Nachmittage ca. 3 Uhr, als ich am Warenhaus Althoff vorbeikam. Auf der anderen Seite stand der Adjutant der SA-Hilfspolizei mit einigen SA-Leuten. Als er mich vorbeigehen sah, zeigte er auf mich. Ich ging aber nichts ahnend meines Weges. Kaum war ich ca. 30 Meter weitergegangen, als neben mir der Kommando-Ton ertönte: „Halt stehen bleiben!“ Ich blieb stehen, drehte mich um, da stand der SA-Adjutant mit 2 SA-Leuten neben mir und brüllte mich an, was ich hier zu suchen hätte. Als ich ihm in ruhigem Tone sagte, dass ich als deutscher Bürger doch hier gehen könne, außerdem wäre ich im Kriege gewesen, war es für mich aus: „Sie bespitzeln unsere SA, Sie dreckiger Judenlummel, wir wollen sie mit Ihrem Ponim hier nicht mehr sehen.“ Ich sagte ihm, dass ich ja doch hier wohne, wo sollte ich denn hingehen? „Gehen Sie nach Palästina, wo Sie hingehören, wenn ich Sie morgen noch hier erblicke, werden Sie totgeschlagen.“ Nur dem Umstand, dass ich ganz kleinlaut war, hatte ich's zu verdanken, dass es diesmal für mich ohne geschlagen zu werden abging. Nach diesem Vorfall wagte ich mich ganze vier Tage nicht auf die Straße.*

*Als ich am fünften Tage, nur mit dem Vorsatz, für eine Stunde herauszugehen, die Straße betrat, es war an einem April-Tage nachmittags 5 Uhr, ich war auf dem Rückweg zur Wohnung, als dieser betreffende Adjutant von der SA-Hilfspolizei aus einer Entfernung von ca. 80 Metern (wo er mit ca. sechs SA-Leuten stand) mich erblickte. Ich glaubte schon, als ich ca. 100 Meter weg war, es ist alles gut, er hat mich wahrscheinlich nicht beachtet, im selben Moment höre ich schwere Laufschriffe hinter mir. Kaum dass ich sehen konnte, ob irgendjemand hinter mir ist, da wurde ich schon von einem SA-Mann (Größe 185 cm) mit voller Wucht ins Gesicht geschlagen. Bei jedem neuen Schlag, den er mir versetzte: „Du Saujude, du Dreckjude.“ Ich ließ ruhig auf mich einschlagen (da ein Widerstand Selbstmord gewesen wäre). Als ich von den Schlägen schon halb von Sinne war, hörte ich einige Frauen schreien und rufen: „Schlagen Sie den Mann doch nicht so fürchterlich, der hat Ihnen doch nichts getan.“ Da er durch das Schlagen schon müde geworden war, ließ er von mir ab. Dieser Vorfall spielte sich an der Ecke der La Chevalerie- und Brückgartenstraße** ab. Ich blutete aus Nase und Mund, als ich in die Brückgartenstraße einbog, um zu meiner Wohnung zu kommen. Bis dorthin waren es noch ca. 400 Meter. Als ich mich bereits auf halbem Wege befand, von den erhaltenen Schlägen noch halb betäubt, hörte ich zu meinem größten Schrecken, wieder Laufschriffe hinter mir. Zu Tode erschreckt sah ich mich um, da erblickte ich im Eiltempo auf mich zulaufend jetzt drei SA-Hilfspolizisten mit weißen Binden am Arm.*

Weglaufen, dachte ich noch, wäre zwecklos gewesen, da sie dann auf mich geschossen hätten. Zudem konnte ich auch nicht laufen, da ich von den erhaltenen Schlägen zu geschwächt war. So blieb ich einfach stehen und wartete, bis sie mich erreicht hatten. Als sie mich erreicht hatten, sagte ich: „Meine Herren, was wollen Sie bloß von mir?“ Als Antwort bekam ich sofort einen Faustschlag von dem Ersten, während der andere von den übrigen Zweien sagte: „Du Dreckjude, kannst du Laufschriff Marsch-Marsch?“ Da bekam ich von dem dritten schon Fusstritte von hinten auf allen Körperteilen.

So wurde ich unter dauerndem Schlagen und Treten 50 Meter zurückgetrieben. Dabei bin ich wohl an die zwanzig Mal gefallen. Während ich am Boden lag, traten sie mich, wo es ihnen passte. Nun erschien dieser Adjutant der SA, als er mich aus Ohren, Nase und Mund bluten sah. (Inzwischen hatten sich wohl an die 200 Menschen angesammelt, von denen die Frauen durch Protestrufe ihren Unwillen bezeugten). Er gab das Kommando: „Ablassen!“ Als ich mit Mühe in meiner Wohnung anlangte, traf ich meine Wirtin unter Weinkrämpfen an. Sie wollte gerade einkaufen gehen, als sie so Zeuge dieses Schauspiels wurde. Diese Frau, sowie viele andere, die meiner Wirtin bekannt sind, kann ich als Zeugen angeben. Außerdem befinden sich zwei Flüchtlinge hier ebenfalls aus Buer, die es auch wissen. Am selben Abend dieses betreffenden Tages holte

meine Wirtin aus der Nachbarschaft den ihr seit Jahren bekannten SA-Funktionär Zurhausen, da sie befürchtete, die SA würde des Nachts kommen und ihr Unannehmlichkeiten bereiten. Dieser Funktionär sagte, er könne für nichts einstehen, ich solle mich am besten in Schutzhaft begeben. So ging ich noch dieselbe Nacht zu Bekannten, wo ich mich von den erhaltenen Verletzungen drei Wochen aufgehalten habe.

Nach dieser Zeit wagte ich es wieder, unter Menschen zu gehen. Ich stand gerade in der Wirtschaft Ellinghaus Hochstraße, als zwei SS-Zeitungsverkäufer eintraten und mich anbrüllten: „Du Saujude, du bist bei unserer SA als Gegner des Dritten Reiches bekannt, wenn du nicht innerhalb 24 Stunden verschwunden bist, wirst du von uns kastriert!“ Am anderen Tage wurde mir vertraut zugebracht, das die SA mich angeblich wegen Verbreitung von Greuelnachrichten überall suche. Dieses war für mich das Signal, dass mein Leben auf dem Spiel stand. So habe ich noch die gleiche Nacht, so wie ich ging und stand, auf Umwegen die Flucht ergriffen. **Diese meine Angaben sind richtig und wahr.**

Amsterdam, den 29. November 1933
(gez.) Julius Less, Vechtstraat 21

* Ponim (jiddisch): Gesicht,
** Brückgartenstraße: gemeint ist die Brinkgartenstraße

Hinrichtung der „Weißen Rose“ vor 75 Jahren



Die Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ bestand aus den Geschwistern Scholl (Sophie und Hans), Alexander Schmorell, Christoph Probst und Willi Graf. Hinzu kam ihr Mentor Prof. Dr. Kurt Huber (Uni München).

Sie gingen Mitte 1942 zum aktiven Widerstand gegen den Nationalsozialismus über. Ihr letztes von sechs Flugblättern verteilte die „Weiße Rose“ am 18. Februar 1943. Dafür wurden Hans und Sophie Scholl, sowie Christoph Probst bereits am 22. Februar 1943 durch Fallbeil hingerichtet. Alexander Schmorell, Willi Graf und Kurt Huber richteten die Nationalsozialisten im April 1943 hin.

Ihre Flugblätter waren sehr vorausschauend und ermutigen uns, auch heute Realitäten nicht zu verschweigen, sondern zu benennen.

[1] In: Terezińska pametní kniha / Theresienstädter Gedenkbuch, Institut

Theresienstädter Initiative, Band I–II: Melantrich, Praha 1995; Band III: Academia, Praha 2000

[2] Copy of 1.1.42.1 / 4957548 in conformity with the ITS Archives, Bad Arolsen, Listenmaterial Theresienstadt

[3] Yad Vashem: Deportation Database and Research Project Online Guide - the Netherlands, Transport XXIV/1 from Hollandsche Schouwburg Amsterdam, List of names in Transport In Memoriam - Nederlandse oorlogsslachtoffers, Nederlandse Oorlogsgravenstichting (Stiftung Niederländische Kriegsgräberfürsorge), 's-Gravenhage (zur Verfügung gestellt von der Stiftung der Freunde von Yad Vashem in den Niederlanden, Amsterdam) Den hier als Abschrift vorliegenden Bericht hat Julius Less nach seiner Flucht aus Gelsenkirchen-Buer nach Holland am 29. November 1933 in Amsterdam niedergeschrieben. Das Originaldokument befindet sich seit Januar 1959 in THE WIENER LIBRARY, London.

(Index-Nr. P.II.c. No. 990.)

Adressbuch Gelsenkirchen, Ausgabe 1934 Archiwum Muzeum Auschwitz

Berichte und Dokumente zu vielen weiteren Schicksalen von Verfolgten der NS-Zeit unter: www.stolpersteine-gelsenkirchen.de

Die sechs Flugblätter können im Internet bei der Bundeszentrale für politische Bildung unter „Wir sind Euer böses Gewissen“ – Die Flugblätter der Weißen Rose abgerufen werden.

Flugblatt 1:

Nichts ist eines Kulturvolkes unwürdiger, als sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenden Herrscherclique "regieren" zu lassen. Ist es nicht so, daß sich jeder ehrliche Deutsche heute seiner Regierung schämt, und wer von uns ahnt das Ausmaß der Schmach, die über uns und unsere Kinder kommen wird, wenn einst der Schleier von unseren Augen gefallen ist und die grauenvollen und jegliches Maß unendlich überschreitenden Verbrechen ans Tageslicht treten?

...

Leistet passiven Widerstand - Widerstand -, wo immer Ihr auch seid, verhindert das Weiterlaufen dieser atheistischen Kriegsmaschine, ehe es zu spät ist, ehe die letzten Städte ein Trümmerhaufen sind, gleich Köln, und ehe die letzte Jugend des Volkes irgendwo für die Hybris eines Untermenschen verblutet ist. Vergeßt nicht, daß ein jedes Volk diejenige Regierung verdient, die es erträgt!

Flugblatt 2:

Nicht über die Judenfrage wollen wir in diesem Blatte schreiben, keine Verteidigungsrede verfassen - nein, nur als Beispiel wollen wir die Tatsache kurz anführen, die Tatsache, daß seit der Eroberung Polens dreihunderttausend Juden in diesem Land auf bestialischste Art ermordet worden sind. Hier sehen wir das fürchterlichste Verbrechen an der Würde des Menschen, ein Verbrechen, dem sich kein ähnliches in der ganzen Menschengeschichte an die Seite stellen kann. Auch die Juden sind doch Menschen - man mag sich zur Judenfrage stellen wie man will -, und an Menschen wurde solches verübt. Vielleicht sagt jemand, die Juden hätten ein solches Schicksal verdient; diese Behauptung wäre eine ungeheure Anmaßung; aber angenommen, es sagte jemand dies, wie stellt er sich dann zu der Tatsache, daß die gesamte polnische adelige Jugend vernichtet worden ist (gebe Gott, daß sie es noch nicht ist!)?

Auf welche Art, fragen Sie, ist solches geschehen? Alle männlichen Sprößlinge aus adeligen Geschlechtern zwischen 15 und 20 Jahren wurden in Konzentrationslager nach Deutschland zur Zwangsarbeit, alle Mädchen gleichen Alters nach Norwegen in die Bordelle der SS verschleppt! Wozu wir dies Ihnen alles erzählen, da Sie es schon selber wissen, wenn nicht diese, so andere gleich schwere Verbrechen des fürchterlichen Untermenschentums? Weil hier eine Frage berührt wird, die uns alle zutiefst angeht und allen zu denken geben muß. Warum verhält sich das deutsche Volk angesichts all dieser scheußlichsten menschenunwürdigsten Verbrechen so apathisch? Kaum irgend jemand macht sich Gedanken darüber. Die Tatsache wird als solche hingenommen und ad acta gelegt. Und wieder schläft das deutsche Volk in seinem stumpfen, blöden Schlaf weiter und gibt diesen faschistischen Verbrechern Mut und Gelegenheit, weiterzutöten -, und diese tun es.

Sollte dies ein Zeichen dafür sein, daß die Deutschen in ihren primitivsten menschlichen Gefühlen verroht sind, daß keine

Saite in ihnen schrill aufschreit im Angesicht solcher Taten, daß sie in einen tödlichen Schlaf versunken sind, aus dem es kein Erwachen mehr gibt, nie, niemals? Es scheint so und ist es bestimmt, wenn der Deutsche nicht endlich aus dieser Dumpfheit auffährt, wenn er nicht protestiert, wo immer er nur kann, gegen diese Verbrecherclique, wenn er mit diesen Hunderttausenden von Opfern nicht mitleidet. Und nicht nur Mitleid muß er empfinden, nein, noch viel mehr: Mitschuld. Denn er gibt durch sein apathisches Verhalten diesen dunklen Menschen erst die Möglichkeit, so zu handeln, er leidet diese "Regierung", die eine so unendliche Schuld auf sich geladen hat, ja, er ist doch selbst schuld daran, daß sie überhaupt entstehen konnte!

Ein jeder will sich von einer solchen Mitschuld freisprechen, ein jeder tut es und schläft dann wieder mit ruhigstem, bestem Gewissen. Aber er kann sich nicht freisprechen, ein jeder ist schuldig, schuldig, schuldig! Doch ist es noch nicht zu spät, diese abscheulichste aller Mißgeburten von Regierungen aus der Welt zu schaffen, um nicht noch mehr Schuld auf sich zu laden. Jetzt, da uns in den letzten Jahren die Augen vollkommen geöffnet worden sind, da wir wissen, mit wem wir es zu tun haben, jetzt ist es allerhöchste Zeit, diese braune Horde auszurotten. Bis zum Ausbruch des Krieges war der größte Teil des deutschen Volkes geblendet, die Nationalsozialisten zeigten sich nicht in ihrer wahren Gestalt, doch jetzt, da man sie erkannt hat, muß es die einzige und höchste Pflicht, ja heiligste Pflicht eines jeden Deutschen sein, diese Bestien zu vertilgen.



Flugblatt 3:

Wenn aber ein Mensch nicht mehr die Kraft aufbringt, sein Recht zu fordern, dann muß er mit absoluter Notwendigkeit untergehen. Wir würden es verdienen, in alle Welt verstreut zu werden wie der Staub vor dem Winde, wenn wir uns in dieser zwölften Stunde nicht aufräfften und endlich den Mut aufbrächten, der uns seither gefehlt hat. Verbergt nicht Eure Feigheit unter dem Mantel der Klugheit. Denn mit jedem Tag, da Ihr noch zögert, da Ihr dieser Ausgeburt der Hölle nicht widersteht, wächst Eure Schuld gleich einer parabolischen Kurve höher und immer höher.

Flugblatt 4:

Aber aus Liebe zu kommenden Generationen muß nach Beendigung des Krieges ein Exempel statuiert werden, daß niemand auch nur die geringste Lust je verspüren sollte, Ähnliches aufs neue zu versuchen. Vergeßt auch nicht die kleinen Schurken dieses Systems, merkt Euch die Namen, auf daß keiner entkomme! Es soll ihnen nicht gelingen, in letzter Minute noch nach diesen Scheußlichkeiten die Fahne zu wechseln und so zu tun, als ob nichts gewesen wäre. ...

Flugblatt 5:

Freiheit der Rede, Freiheit des Bekenntnisses, Schutz des einzelnen Bürgers vor der Willkür verbrecherischer Gewaltstaaten, das sind die Grundlagen des neuen Europa. ...

Antisemitismus begegnen

Wenn auf Schulhöfen „Jude“ zum Schimpfwort avanciert und Kinder und Jugendliche sich nicht mehr trauen, offen zu ihrem jüdischen Glauben zu stehen, ist es höchste Zeit über Antisemitismus zu reden. Wie können Lehrer*innen helfen, Hass und Vorurteile abzubauen?

Antisemitismus ist auch im Jahr 2017 ein akutes Problem. Aktuelle Untersuchungen weisen darauf hin, dass knapp ein Viertel der deutschen Bevölkerung latent antisemitische Einstellungen teilt. Dabei ist Antisemitismus nicht nur ein Problem bestimmter Randgruppen, sondern ebenso eines der gesellschaftlichen Mitte. Kennen aber die, die diesen Einstellungen anhängen, jüdische Menschen eigentlich persönlich? Haben die, die antisemitische Vorurteile pflegen, je Kontakt zu jenen gehabt, über die sie ihr Urteil fällen? Das dürfte unwahrscheinlich sein – der Anteil der Menschen jüdischen Glaubens an der deutschen Bevölkerung beträgt lediglich 0,24 Prozent. Im öffentlichen Leben sind jüdische Religion und jüdische Kultur kaum präsent.

Dabei ist erwiesen, dass eben genau der persönliche Kontakt das beste Mittel ist, Vorurteilen und Stereotypen entgegenzuwirken. Was hilft, sind die Begegnung und das Kennenlernen. Wenn Kinder und Jugendliche überhaupt mit dem Judentum in Kontakt kommen, geschieht dies in den allermeisten Fällen über Bildungseinrichtungen. Dabei sollte die Erinnerung an den Holocaust in Schule und Unterricht selbstverständlich sein. Nur darf die Folge nicht sein, dass Jüd*innen lediglich als Opfer gesehen und jüdische Geschichte und jüdisches Leben auf die Geschichte der Shoa reduziert werden. Wie können also darüber hinaus in der pädagogischen Arbeit Begegnungen mit jüdischer Religion, jüdischer Kultur und jüdischem Leben möglich gemacht werden? Zahlreiche Projekte in NRW machen das Kennenlernen möglich und unterstützen interessierte Lehrkräfte.

Alte Synagoge Essen: Eindrucksvolle Kulisse

Die Alte Synagoge in Essen ist ein eindrucksvolles Gebäude – das größte freistehende Synagogengebäude nördlich der Alpen. Bereits die Geschichte des Hauses eröffnet einen Zugang zu Vergangenheit und Gegenwart jüdischen Lebens in Deutschland. 1913 als „Neue Synagoge“ eingeweiht und während der Novemberpogrome am 9. November 1938 zerstört, wurde das Gebäude anschließend nie wieder als Synagoge genutzt. Die Ruine stand nach Kriegsende zunächst leer und

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Antisemitismus-Definition der Bundesregierung, September 2017



wurde dann unter dem Namen „Haus Industrieform“ zweckfremd genutzt: als Ausstellungsstätte für Industriedesign. Erst in den 1980er Jahren gelang es, den alten Synagogenraum zu rekonstruieren und eine Ausstellung einzurichten. Heute versteht man sich ausdrücklich als kulturelles Begegnungszentrum.

Fünf Ausstellungsbereiche widmen sich unter anderem der jüdischen Tradition, jüdischen Festen und dem jüdischen „Way of Life“. Dabei ist den Ausstellungsmacher*innen daran gelegen, ungewöhnliche Einblicke in jüdische Lebenswelten zu bieten und jüdische Lebenskultur fernab bestehender Klischees zu präsentieren. Neben der Dauerausstellung und wechselnden Sonderausstellungen gehören Angebote zur jüdischen Kultur zu den Programmschwerpunkten der Alten Synagoge Essen. Auch wenn das Gebäude nicht mehr von der jüdischen Gemeinde genutzt wird, richten sich auch heute noch antisemitische Angriffe gegen die Alte Synagoge, die aus diesem Grund auch unter besonderem polizeilichen Schutz steht.

Rent a Jew: Mit Humor und ein bisschen Chuzpe

„Deinen ersten vergisst Du nie.“ Mit diesem Motto macht das Projekt „Rent a Jew“ auf sich aufmerksam. Aus der Überzeugung heraus, dass es insbesondere persönliche Begegnungen sind, die nachhaltige Lernerfahrungen ermöglichen, vermittelt die Initiative jüdische Menschen verschiedenen Alters und Hintergrundes für Besuche in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. „Rent a Jew“ will dazu beitragen, miteinander statt übereinander zu reden, Fragen auf beiden Seiten zu beantworten und Vorurteile abzubauen.

Der Name der Initiative ist bewusst provokativ gewählt. Die Initiator*innen erklären dies so: „Warum ‚Rent a Jew‘? Autos kann man mieten, aber Juden? Das mag zunächst verletzend klingen. Schließlich behaupten Antisemit*innen seit Hunderten von Jahren, dass Juden weniger wert seien als andere Menschen. Wir sind es leid, solche Zuweisungen zu hören. Und wir glauben, dass Humor gemischt mit ein bisschen Chuzpe das beste Mittel ist, um alte Klischees und Vorurteile zu widerlegen und zu zeigen, wie absurd sie sind.“ Natürlich fällt keine Mietgebühr an, die Mitglieder arbeiten ehrenamtlich, lediglich über eine Erstattung eventuell entstehender Fahrtkosten freut man sich. Die Initiative vermittelt dabei nicht nur passende Gesprächspartner*innen, sondern berät auch bei der Themenwahl und hilft bei der Vorbereitung der Besuche.

Jüdisches Museum Westfalen: Kultur zum Mitmachen

Auch im Jüdischen Museum Westfalen in Dorsten gibt es vielfältige Möglichkeiten, das Judentum kennenzulernen. Der private Trägerverein des 1992 gegründeten Hauses macht es sich zur Aufgabe, die Spuren jüdischen Lebens in Westfalen

nachzuzeichnen und sie zu bewahren. Das Museum ist ausdrücklich als „Lernhaus“ angelegt und will zum Verstehen des Judentums, seiner Religion und Kultur beitragen. In der sehenswerten Ausstellung können Besucher*innen etwas über die Grundbegriffe des Judentums erfahren, jüdischen Lebenswegen in Westfalen nachspüren und sich über den Neubeginn jüdischen Lebens in Westfalen nach der Shoa informieren. Daneben bietet das Museum zahlreiche pädagogische Angebote, die sich um die jüdische Kultur drehen, darunter zum Beispiel auch Tanz- und Kochworkshops. Für Lehrer*innen führt das Museum maßgeschneiderte Fortbildungsangebote durch, etwa zu Abiturthemen, in denen das Judentum eine Rolle spielt.

Jüdische Gemeinden: Besuche vor Ort

Vor Ort bieten jüdische Gemeinden und die in zahlreichen Städten NRW aktiven Gesellschaften für jüdisch-christliche Zusammenarbeit pädagogische Angebote an. In Gelsenkirchen etwa heißt die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, Judith Neuwald-Tasbach, regelmäßig Schüler*innengruppen in der Neuen Synagoge willkommen. Sie hält diese Besuche für äußerst geeignet, um Kindern und Jugendlichen einen lokalen Einblick in die jüdische Welt und die Erinnerung an das Dritte Reich zu geben. Schüler*innen sollen, so Judith Neuwald-Tasbach, „die Geschichte damaliger jüdischer Jugendlicher aus ihrer Stadt kennenlernen, die irgendwann einfach ‚verschwunden‘ sind, und sich auch Einblick verschaffen in das heutige jüdische Leben. In die jüdische Religion und Kultur, in die Riten und die Speisegesetze, und auch in die Sorgen, die jüdische Menschen heute in Deutschland wieder haben.“ Zu diesen Sorgen gehöre, so erzählt Judith Neuwald-Tasbach weiter, dass jüdische Jugendliche erleben müssten, dass das Schimpfwort „du Jude“ immer häufiger gebraucht werde und sie ausgegrenzt würden, wenn sie ein Käppchen oder einen Davidstern tragen. Manche jüdische Schüler*innen wollten nicht einmal, dass die Zensur für das Fach Jüdische Religion im Zeugnis erscheint – aus Angst davor, dass die Mitschüler*innen erfahren, dass sie jüdisch sind. Die jüdischen Gemeinden öffneten sich auch deshalb für den Besuch von Schulen und Interessierten, erklärt die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Gelsenkirchens: „Wir alle haben die Hoffnung, dass es eines Tages ganz normal ist, als Jude in Deutschland zu leben.“ Zusätzlich zu der Möglichkeit, die Neue Synagoge zu besuchen,

bietet die Gelsenkirchener Gemeinde ein umfangreiches Bildungs- und Kulturprogramm an, welches Einblicke in jüdische Geschichte und Gegenwart bietet. In Kooperation mit der Gesellschaft für jüdisch-christliche Zusammenarbeit werden etwa Stadtführungen veranstaltet, die die Spuren jüdischen Lebens in der Ruhrgebietsstadt sichtbar werden lassen.

Gute Vor- und Nachbereitung sind ein Muss

So wertvoll Begegnungsveranstaltungen sind – sie stellen leider kein Allheilmittel gegen Antisemitismus dar und können selbst einige Fallstricke bieten. So kann es auch bei gut gemeinten Projekten dazu kommen, dass andere erst zu anderen gemacht oder Vorurteile unbeabsichtigt verstärkt werden. Um das zu vermeiden, ist eine gute Vor- und Nachbereitung pädagogischer Vorhaben in diesem Themenbereich unabdingbar. Methoden hierzu und weitere Empfehlungen für die pädagogische Arbeit bietet die hervorragende Broschüre „Weltbild Antisemitismus – Didaktische und methodische Empfehlungen für die pädagogische Arbeit in der Migrationsgesellschaft“ des Bildungszentrums Anne Frank, die zum kostenfreien Download zur Verfügung steht.

Florian Beer

ist Mitglied der AG Friedenspädagogik und der Fachgruppe Erwachsenenbildung der GEW NRW

Quelle: punktlandung 2017.2

Alte Synagoge Essen www.alte-synagoge.essen.de
Projekt „Rent a Jew“ www.rentajew.org
Jüdisches Museum Westfalen www.jmw-dorsten.de
Jüdische Gemeinde Gelsenkirchen www.jggelsenkirchen.de/besichtigung
Gesellschaften für jüdisch-christliche Zusammenarbeit www.deutscher-koordinierungsrat.de/liste-gesellschaften
Bildungsstätte Anne Frank: Broschüre „Weltbild Antisemitismus– Didaktische und methodische Empfehlungen für die pädagogische Arbeit in der Migrationsgesellschaft“ www.tinyurl.com/bsaf-antisemitismus
Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus, BMI: Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen www.tinyurl.com/bmi-antisemitismus

Illustrationen: Julia Korchevska, RaSveta / shutterstock.com

Zustimmungen und Ablehnungen von Aussagen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Jahr 2016 (Auszüge)

Ich stimme...	überhaupt nicht zu	eher nicht zu	eher zu	voll und ganz zu
TRADITIONELLER ANTISEMITISMUS				
Jüd*innen haben in Deutschland zu viel Einfluss.	77,8%	13,4%	4,5%	4,3%
Durch ihr Verhalten sind Jüd*innen an ihren Verfolgungen mitschuldig.	81,5%	11,2%	5,2%	2,1%
SEKUNDÄRER UND ISRAELBEZOGENER ANTISEMITISMUS				
Viele Jüd*innen versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reichs heute ihren Vorteil zu ziehen.	57,2%	17,3%	14,7%	10,9%
Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Jüd*innen hat.	38,6%	21,1%	23,2%	17,2%
Was der Staat Israel heute mit den Palästinenser*innen macht, ist im Prinzip nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Jüd*innen gemacht haben.	53,4%	22,0%	15,3%	9,3%

Quelle: Andreas Zick, Beate Küpper, Daniela Krause: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016.



Gravierender Lehrkräftemangel an Grundschulen in NRW

Prekäre Situation geht zu Lasten der Schüler*innen und Lehrkräfte

Der Lehrkräftemangel an Grundschulen hält an und ist gravierender als bislang angenommen. Nach einer Umfrage der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft für das ZDF-Magazin Frontal21 fehlen deutschlandweit rund 2.000 Grundschullehrer*innen. Auch in NRW lässt sich die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage derzeit nicht schließen.

„Die Schere geht weiter auseinander. Die prekäre Mangelsituation geht zu Lasten der Schüler*innen und der vorhandenen Lehrkräfte“, kommentierte die Vorsitzende der GEW NRW Dorothea Schäfer die aktuellen Zahlen. Die GEW hatte im Januar in allen Landesverbänden Zahlen zu unbesetzten Stellen und Nachbesetzungen abgefragt.

In NRW bereitet der Lehrkräftemangel an Grundschulen in Ballungsräumen wie dem Ruhrgebiet die größten Probleme. So sieht die Situation – Personalratsangaben zufolge – im Bezirk Detmold noch vergleichsweise gut aus, während sie im Bezirk Düsseldorf teilweise dramatisch ist. Für die Hälfte der 340 Stellen, die im Bezirk Düsseldorf zum 1. Februar 2018 besetzt werden sollten, gab es keine einzige Bewerbung. In der Stadt Duisburg wurden zum Beispiel 62 Grundschullehrkräfte gesucht und erstmalig keine einzige Lehrkraft mit der entsprechenden Lehrbefähigung gefunden. Für die 75 Grundschu-

GEW NRW begrüßt SPD-Finanzierungskonzept für Kitas

Bedarfsgerechte Betreuung nur mit auskömmlicher Finanzierung

Die GEW NRW begrüßt den Antrag der SPD-Landtagsfraktion NRW zur Einführung einer Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen. Ziel sei, ein ehrliches, transparentes und auskömmliches Finanzierungssystem mit einem geringeren bürokratischen Aufwand zu schaffen.

Das vorgelegte Modell führt in der Konsequenz zu mehr Planungssicherheit für Träger und Beschäftigte: „Wir haben uns immer gegen das System der Kindpauschalen ausgesprochen. Sie waren verantwortlich für die Deckelung der realen Personalkosten in den Einrichtungen. Wir brauchen mehr Geld für eine spürbare Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels, nur so gibt es mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung“, erklärte die Vorsitzende der GEW NRW Dorothea Schäfer anlässlich der parlamentarischen Initiative der SPD-Fraktion, die heute der Presse vorgestellt wurde.

Die GEW-Landesvorsitzende bekräftigte in diesem Zusammenhang die Forderung der GEW NRW nach einer Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels: „Die Betreuungsrelation muss für Kinder unter zwei Jahren 1:3 sein, für zwei bis vier

len der Stadt gibt es auch keine neuen Vertretungslehrkräfte mehr. Die Lage in Oberhausen, Krefeld und Remscheid sieht nicht besser aus. Vergleichbar betroffen sind in den anderen Regierungsbezirken Städte wie Köln, Gelsenkirchen und Dortmund. Für das gemeinsame Lernen an den Grundschulen und weiterführenden Schulen werden darüber hinaus händeringend Sonderpädagog*innen gesucht.

NRW-weit sind seit Schuljahresbeginn mehr als 150 Seiteneinsteiger*innen an den Grundschulen eingestellt worden, insbesondere für das Fach Sport, aber auch für die Fächer Kunst, Musik und Englisch. Die Zahl der Absolvent*innen mit einer Lehrbefähigung für Gymnasium und Gesamtschule, die ein Angebot des Schulministeriums angenommen haben und für zwei Jahre Unterricht an einer Grundschule erteilen, liegt derzeit im zweistelligen Bereich. Die GEW NRW fordert, die Regelungen für den Seiteneinstieg, Rahmenbedingungen und Qualifizierung, müssten dringend überarbeitet werden.

Für die Bertelsmann-Stiftung haben der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm und Dirk Zorn eine Studie zum bundesweiten Lehrkräftebedarf in der Primarstufe erstellt, die heute vorgestellt wird. In einem Beitrag für die Zeitschrift „Schulverwaltung“ hatte Klaus Klemm jüngst für die NRW-Grundschulen einen zusätzlichen Bedarf von 5.125 Stellen bis zum Gipfelschuljahr 2025/2026 errechnet und mit steigenden Schüler*innenzahlen begründet. Sein Fazit: „Vor dem Hintergrund dieser Daten wird deutlich: Die aktuellen Schwierigkeiten bei der Besetzung freier Lehrerstellen sind erst die Spitze eines Eisbergs.“

Berthold Paschert | Pressesprecher
Essen, 31. Januar 2018
www.gew-nrw.de/presse

Jahre 1:5 und für Kinder zwischen vier und sechs Jahren 1:8. Dazu kommen 30 Prozent Verfügungszeit etwa für Vorbereitung, Eltern- und Teamgespräche. Außerdem braucht es Vertretungsreserven für Krankheit, Urlaub und Fortbildung des Personals.“

Das von der SPD vorgelegte Modell sieht neben einer Sockelfinanzierung einen belegungs- und sozialraumabhängigen Zuschuss vor. „Wir halten zusätzlich einen einrichtungsbezogenen Sozialindex, also die Einbeziehung sozialer Daten – Anzahl der nichtdeutschsprachigen Kinder, Sozialleistungsbezug und Kinder mit erhöhtem Förderbedarf – für notwendig. Ungleiche Bildung- und Fördervoraussetzungen der Kinder müssen im Sinne sozialer Gerechtigkeit auch ungleich finanziert werden“, ergänzte Dorothea Schäfer. In einem gemeinsamen Forderungspapier hatten DGB, Ver.di und GEW gefordert, finanzschwachen Kommunen zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Realisierung vergleichbarer Bildungs- und Lebensbedingungen zu unterstützen.

Berthold Paschert | Pressesprecher
Essen, 15. Januar 2018
www.gew-nrw.de/presse

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Pressemitteilung



Größte Bildungsgewerkschaft in NRW

Engagierte Interessenvertretung fortsetzen!

Die nordrhein-westfälische Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW NRW) ist mit Abstand die größte Bildungsgewerkschaft in NRW. Sie verzeichnet zum Jahresbeginn 48.152 Mitglieder. Der gesellschaftliche Trend, dass sich das Geschlechterverhältnis in den pädagogischen Berufen weiter zugunsten der Frauen verschiebt, spiegelt sich auch in der Mitgliedschaft wider: Sieben von zehn GEW-NRW-Mitgliedern sind Frauen.

„Die Marschroute für das kommende Jahr ist klar. Wir setzen uns weiter für eine Aufwertung der pädagogischen Berufe ein und leisten damit einen gewerkschaftlichen Beitrag gegen die mittelbare Frauendiskriminierung bei der Bezahlung. Von der Landesregierung erwarten wir jetzt den Durchbruch bei der Besoldung für Lehrkräfte an Grundschulen und Schulen der Sekundarstufe I“, sagt GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer. Wer wirksam etwas gegen Lehrer*innenmangel tun wolle, müsse Lehrkräfte, ob im Beamt*innenverhältnis oder als Tarifbeschäftigte, vernünftig bezahlen. Die GEW NRW werde die erfolgreich laufende Kampagne „JA 13 für faire Besoldung“ fortsetzen.

Dorothea Schäfer zeigt sich insbesondere über den deutlichen Mitgliederzuwachs bei den Erzieher*innen und in den sozialpädagogischen Arbeitsfeldern erfreut. „Das gibt uns Schwung für die bevorstehende Tarifrunde im TVöD. Unsere Mitglieder sind aufgerufen, sich für eine ordentliche Gehaltserhöhung stark zu machen.“ Ein gutes Tarifergebnis habe Signalwirkung für freie Träger und Kirchen, aber auch für die gesamte Tarifentwicklung.

Die Vorsitzende der GEW NRW wertet den hohen Mitgliederzuspruch als Vertrauensbeweis für eine konsequente Interessenvertretungspolitik der Bildungsgewerkschaft. Die GEW NRW habe gerade bei den jüngeren Beschäftigten im Bildungssektor an Attraktivität gewonnen. Mahnend fügt Dorothea Schäfer hinzu: „Wir müssen unsere Anstrengungen verstärken, die jungen Leute an die GEW NRW zu binden und ihnen interessante Angebote für persönliches Engagement und Beteiligung machen.“

Berthold Paschert | Pressesprecher
Essen, 04. Januar 2018
www.gew-nrw.de/presse



A13 für alle- SPD Antrag findet keine Mehrheit

In der Landtagssitzung am 28.2.2018 wurde der Antrag der SPD-Fraktion auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit zur Anpassung der Lehrkräftebesoldung an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen. Aus der Plenardebatte wurde

deutlich, dass es keine baldige Entscheidung der Landesregierung geben wird.

Finanzminister Lienenkämper sagte u.a., dass es zwar gute Gründe für eine Verbesserung der neuen Master-Absolvent*innen gäbe, aber dies Zeit braucht, da es ja um mehrere Milliarden gehe und insbesondere weitere zusätzliche Versorgungslasten zu bedenken seien. Er sehe auch für notwendig an, alle anderen Fragestellungen, z.B. die Verteilung der Arbeitszeit, mit zu berücksichtigen. Dabei sprach er das Ungleichgewicht zwischen Korrekturfachlehrkräften und Sportlehrkräften an. Es sei ein Gesamtkonzept nötig, für das sie sich Zeit lassen wollen.

Ähnlich wurde auch von dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU Dr. Optendrenk argumentiert, der zunächst Kritik an dem SPD-Gesetzentwurf formaler Natur äußerte und danach auf den Koalitionsvertrag verwies, der das Ziel eines modernen Dienstrechtes enthielt. Die Landesregierung wolle – „sehr bald“ – einen Gesamtorschlag für ein attraktives Dienstrecht machen.

Ute Lorenz, GEW-NRW

OGS: Standards mit Verlässlichkeit und Kontinuität bei Personal und Pädagogik

Etikettenschwindel vermeiden!

Die von NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) vorgestellten Pläne zur Flexibilisierung des Offenen Ganztags an Grundschulen (OGS) stoßen bei der Bildungsgewerkschaft GEW NRW auf große Skepsis. Die Ministerin hat noch kein konkretes Konzept, wie der Offene Ganztag mit mehr Qualität in Bildung und Erziehung ausgestattet werden kann. Dabei kommt es genau darauf an.

Die OGS braucht – so die Forderung der GEW NRW – eine bedarfsgerechte Finanzierung, landeseinheitliche Standards für Beschäftigung und Ausstattung, sowie Verlässlichkeit und Kontinuität beim Personal und bei den pädagogischen Angeboten. Bewährte Kooperationen mit außerschulischen Partnern wie Sportvereine, Musikschulen, Kinder- und Jugendgruppen von Kirchen und freien Trägern müssen ausgebaut werden.

„Wir warnen vor einem Etikettenschwindel. So funktioniert kein guter Ganztag. Wir brauchen kein Platz-Sharing mit ständig wechselnden Gruppen. Eine Zumutung für das Personal und kein verlässlicher Rhythmus für die Kinder, für die stabile soziale Beziehungen elementar sind“, erklärte GEW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer in einer ersten Reaktion auf die am 19. Dezember 2017 von Yvonne Gebauer vorgestellten Pläne auf der Landespressekonferenz in Düsseldorf.

Besonders für Kinder mit Problemen im emotionalen und sozialen Bereich sei eine personelle Fluktuation sehr belastend, negative Auswirkungen solcher Modelle seien bereits jetzt zu beobachten. Das Ziel einer guten Förderung und Betreuung gerade für Kinder aus bildungsfernen Familien werde zunehmend zur Disposition gestellt. Die GEW-Vorsitzende mahnte: „Nur eine gut ausgestattete OGS kann einen Beitrag dazu leis-

ten, den Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft zu durchbrechen.“

Dorothea Schäfers Vision: „Wir brauchen letztlich einen gebundenen Ganztags in der Grundschule, an dem alle Kinder teilnehmen und in dem Erzieher*innen, sozialpädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte gemeinsam eine Rhythmisierung des Tages organisieren, die den Bedürfnissen der Kinder nach Lernen und sozialer Aktivität sowie Ruhe und Entspannung gerecht wird.“

Berthold Paschert | Pressesprecher
Essen, 19. Dezember 2017
www.gew-nrw.de/presse

GEW NRW stellt Studie zum Sozialindex vor

GEW-Programm für einen Sozialindex und mehr Bildungsgerechtigkeit

Die Studie „Ungleiches ungleich behandeln“ liefert die Grundlage für eine fachpolitische Diskussion über Bildungsgerechtigkeit. Die GEW NRW fordert die Einführung eines schulbezogenen Sozialindexes.

Schulleistungsstudien prangern seit Jahren die soziale Ungleichheit des deutschen Schulsystems an. Nach wie vor ist auch das Schulsystem in NRW sozial selektiv, weil allzu oft der soziale Hintergrund von Schüler*innen bestimmt, welche Schulform besucht und welcher Schulabschluss erreicht wird.

Für die nächste Legislaturperiode fordert die GEW NRW deshalb von der Politik, mehr für Bildungsgerechtigkeit und die Bekämpfung von Bildungsarmut zu tun. Die Bildungsgewerkschaft hat deshalb ein Programm vorgelegt, dessen Kern die Einführung eines schulbezogenen Sozialindexes zum Ausgleich der spezifischen Benachteiligungen einzelner Schulen in einem schwierigen sozialen Umfeld ist.

„Wir erwarten, dass die Landespolitik endlich das Thema Chancengleichheit im Schulsystem angeht und in der neuen Legislaturperiode liefert. Es müssen endlich ernsthaft Maßnahmen ergriffen werden, die Schulen mit schwierigen sozialen Bedingungen dabei unterstützen, den engen Zusammenhang zwischen dem individuellen Schulerfolg und den sozialstrukturellen Merkmalen des Schulstandorts aufzubrechen“, forderte Landesvorsitzende Dorothea Schäfer heute in Düsseldorf.

„Uns ist es wichtig“, ergänzte Dorothea Schäfer, „dass dabei ein modifizierter Sozialindex zentrales Element der Schulpolitik wird. Der kann ohne großen Aufwand auch in NRW berechnet werden und kann sowohl für die Ressourcensteuerung als auch für den fairen Vergleich von Leistungsdaten eingesetzt werden.“ Dieser Ansatz werde bereits in Hamburg erfolgreich praktiziert. Zwar gäbe es seit zehn Jahren in NRW einen Sozialindex, der aber lediglich die soziale Belastung auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte abbilde, nicht unmittelbar „schulbezogen“ sei und nur Grund- und Hauptschulen einbeziehe. Die Verteilung zusätzlicher Ressourcen auf bedürftige Schulen werde vor Ort nach Einschätzung der Schulaufsicht vorgenommen.

Mit der vorliegenden Studie, die von der Bochumer Bildungsforscherin Prof. Dr. Gabriele Bellenberg und Gerd Möller, ehemaliger Mitarbeiter im Schulministerium NRW, verfasst wurde, wolle die GEW NRW einen Beitrag zur dringend erforderlichen fachpolitischen Diskussion leisten. Viele betroffene Schulen seien laut Dorothea Schäfer nur bedingt in der Lage, sozialmilieuspezifische und umfeldspezifische Benachteiligungen auszugleichen und benötigten endlich Unterstützung. Die GEW NRW wisse um die Brisanz ihrer Forderung, Ungleiches ungleich zu behandeln. Dorothea Schäfer unterstrich: „Es ist zwar naheliegend, aber nicht unumstritten, für diese Schulen zusätzliche Ressourcen bereit zu stellen, um durch ergänzende pädagogische Förderung und Unterstützung nachteilige Effekte zu kompensieren und damit chancenausgleichend wirken zu können.“

Dabei wird es ohne die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen, sprich Personal, nicht gehen. Die GEW Landesvorsitzende rechnet mit mindestens 2.000 zusätzlichen Stellen, wenn nur die Grund- und Hauptschulen sowie die Schulen des gemeinsamen Lernens, wie Sekundar- und Gesamtschulen, in das Steuerungskonzept einbezogen werden.

Die Gutachter Gabriele Bellenberg und Gerd Möller empfehlen eine Reihe von Maßnahmen und Handlungsansätzen, die die schwierige Situation von sozial prekären Schulen zumindest erleichtern können. Sie richten sich sowohl an die Bildungspolitik und –forschung sowie an die Bildungsadministration als auch an die Akteure der Schulpraxis und reichen von der Ressourcensteuerung über die Umwandlung in Ganztagschulen bis hin zur Initiierung von Schulnetzwerken und Elternarbeit.

Berthold Paschert | Pressesprecher
Essen, 20. März 2017
www.gew-nrw.de/presse

Mercator-Studie: „Soziale Ungleichheit beim Schulerfolg in NRW“

Ungleiches ungleich behandeln!

Die aktuelle Studie der Stiftung Mercator zum Zusammenhang von familiärem Bildungshintergrund und Schulerfolg bei Kindern in NRW belegt einmal mehr die soziale Selektivität unseres Schulsystems. Die Bildungsgewerkschaft GEW NRW fordert von der Landesregierung einen schulpolitischen Paradigmenwechsel.

„Die Ergebnisse der Mercator-Studie zeigen eindringlich den politischen Handlungsbedarf. Wir fordern schon lange, das Thema Chancengleichheit im Schulsystem endlich wirksam anzugehen“, kommentierte die Vorsitzende der GEW NRW, Dorothea Schäfer, die Studienergebnisse, die am 15. Dezember in Düsseldorf vorgestellt wurden.

„Für uns sind die Rahmenbedingungen der einzelnen Schulen entscheidend. Mit unserem Konzept ‚Ungleiches ungleich behandeln‘ zeigen wir einen Weg auf, wie Schulen unterstützt werden können, die besondere Herausforderungen bewältigen müssen. Das geht natürlich nicht ohne zusätzliches Personal“, erklärte Dorothea Schäfer.

bildungsveranstaltung verpflichtend vorgibt oder sie ein im Rahmen der schulischen oder hochschulischen Ausbildung verpflichtend vorgegebenes Praktikum ableisten.“ Verantwortlich für die Sicherstellung des Mutterschutzes sind bei Schülerinnen und Studentinnen die Schulen und Hochschulen.

Für Schülerinnen und Studentinnen gelten im Mutterschutz indes Besonderheiten. So können sie zum Beispiel auf die Inanspruchnahme der in der Regel achtwöchigen Schutzfrist nach der Entbindung verzichten: Die Schule oder Hochschule muss eine Fortsetzung der Ausbildung zulassen, wenn die Schülerin oder Studentin dies verlangt. Mussten sich junge Frauen bislang krankschreiben lassen, können sie nun also selbst entscheiden, ob sie auch während des Mutterschutzes beispielsweise an Prüfungen teilnehmen oder nicht.

Für die GEW ist insbesondere wichtig, dass die jungen Frauen an Schulen und Hochschulen klare Ansprechpartnerinnen und -partner haben, die beratend tätig sind. „Keine Verwaltungseinheit, sondern zum Beispiel ein Familienbüro“, erklärt Janina Glaeser, Referentin im Arbeitsbereich Frauenpolitik beim GEW-Hauptvorstand. Zudem müsse sichergestellt werden, dass es für im Mutterschutz verpasste Prüfungen einen Nachteilsausgleich gebe. Glaeser plädiert etwa für spezielle Regelungen in den Prüfungsordnungen oder eine mögliche Aussetzung

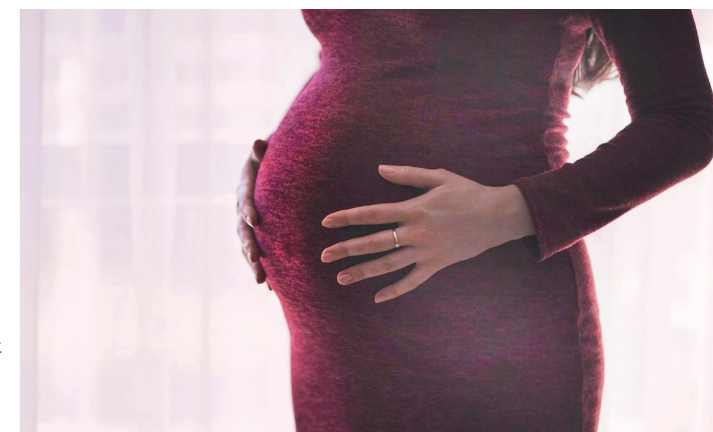


Foto: Pixabay / CCO

Die GEW NRW setzt auf die Einführung eines schulbezogenen Sozialindexes für die Identifizierung und bessere Ressourcenausstattung von Schulen mit schwierigen sozialen Ausgangslagen und auf deren Umwandlung in gebundene Ganztagschulen. „Hier kommt es ganz besonders auf eine bessere personelle Ausstattung mit genügend Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen und pädagogischen Mitarbeiter*innen im Ganztags an“, unterstrich Dorothea Schäfer. Da insbesondere an diesen Schulen viele Lehrer*innenstellen derzeit unbesetzt seien, müssten Anreize zur Gewinnung von Lehrkräften geschaffen werden. Hierzu habe die GEW NRW auf ihrem Gewerkschaftstag kürzlich ein umfassendes Maßnahmenpaket beschlossen.

Dorothea Schäfer abschließend: „Das Problem der Übergangsempfehlung entsteht vor allem durch die zu frühe Verteilung auf bestimmte Bildungsgänge. Es wäre besser, wenn die Entscheidung über den angestrebten Bildungsabschluss nicht bereits am Ende der Grundschulzeit getroffen werden müsste. Die Gesamtschulen zeigen, dass für viele Schüler*innen ein höherer Bildungsabschluss möglich ist, als im vierten Schuljahr vorhergesagt wurde.“

Hintergrund: GEW-NRW-Studie „Ungleiches ungleich behandeln“

Die in dem Gutachten von Prof. Dr. Gabriele Bellenberg, Ruhruniversität Bochum, und Gerd Möller aufgeführten Maßnahmen reichen von der Ressourcensteuerung über die Umwandlung in Ganztagschulen bis hin zur Initiierung von Schulnetzwerken und Elternarbeit. Weitere Informationen unter www.gew-nrw.de/bildungsgerechtigkeit

Berthold Paschert | Pressesprecher
Essen, 15. Dezember 2017
www.gew-nrw.de/presse

Mutterschutz für Schülerinnen und Studentinnen.

Stellungnahme zur Neuregelung des Mutterschutzrechts

Die GEW erklärt die Neuregelung des Mutterschutzrechts und fordert klare Ansprechpartner für junge Mütter an Schulen und Hochschulen. Zudem plädiert die GEW für einen Nachteilsausgleich für junge Mütter bei verpassten Prüfungen und für eine bessere finanzielle Absicherung

Mit dem Gesetz zur Neuregelung des Mutterschutzrechts ist am 1. Januar 2018 ein neues Mutterschutzgesetz in Kraft getreten, darauf verweist Fenna Neuborn vom Stadtverband Münster der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Der mit der Schwangerschaft beginnende Mutterschutz bezieht nun auch Schülerinnen und Studentinnen ein, "soweit die Ausbildungsstelle Ort, Zeit und Ablauf der Aus-

von Abgabefristen. Darüber hinaus müssten schwangere und stillende Studentinnen auch ohne Mutterschaftsgeld finanziell abgesichert sein. Denkbar sei etwa eine staatliche Überbrückungshilfe.

Das Bundesfrauenministerium (BMFSFJ) hat einen mehr als 100 Seiten langen Leitfaden veröffentlicht, der alle Aspekte der neuen Regelungen ausführlich erläutert. Zudem gibt es ein Servicetelefon: Tel.: 030 20179130

31.01.2018 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW

Impressum

Herausgeber: GEW-Stadtverband Gelsenkirchen
Essener Straße 88, 45899 Gelsenkirchen

Redaktion: GEW-Fachgruppe GS Verantwortlich i.S.d.P.
Lothar Jacksteit

Druck: Firma Blömeke SRS GmbH
Layout: Christine Steinchen
Auflage: 3500 Exemplare

SPD-Antrag zur Lehrer-Besoldung abgelehnt

Lehrer in NRW werden je nach Ausbildungsdauer unterschiedlich bezahlt. Die SPD will verbeamtete Lehrer gleich entlohnen. Im Schulausschuss gab es dafür keine Mehrheit.

Die SPD-Fraktion setzt sich für die gleiche Besoldung aller verbeamteten Lehrer ein. Ein entsprechender Antrag ist am Mittwoch (21.02.2018) jedoch im Schulausschuss mehrheitlich abgelehnt worden.

Lehrerausbildung wurde verlängert

Hintergrund ist die ungleiche Bezahlung von Lehrern an Grundschulen und in der Sekundarstufe I. Je nachdem, wie lange ihre Ausbildung dauerte, erhalten Lehrer Gehalt der Besoldungsstufe A12 oder A13. 2009 wurde die Lehrerausbildung reformiert und verlängert.

Die SPD bringt ihren Gesetzentwurf kommende Woche in den Landtag ein. Chancen hat der Gesetzentwurf nach der Ablehnung im Ausschuss aber wohl nicht.

WDR Stand: 21.02.2018

Lehramtsstudium immer beliebter

Im Jahr 2016 haben 17.646 Studierende ihr erstes Fachsemester in einem Lehramtsstudium begonnen. Das waren 7,9 Prozent mehr als im Jahr 2015. 9.584 Studienstarter*innen strebten einen Abschluss als Lehrkraft in der Sekundarstufe II an. 7.715 von ihnen wollten später in allgemeinbildenden Schulen tätig werden. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl deutlich gestiegen um 11,8 Prozent. 1.869 Studierende im Erstsemester belegten ein Studium für die spätere Arbeit in der Sekundarstufe II an den berufsbildenden Schulen. Das sind 5,6 Prozent mehr als 2015.

Den geringsten Zulauf von 2,7 Prozent verbuchten die Studiengänge für die Primarstufe an Grund- und Hauptschulen mit 2.809 Anträgen für das erste Fachsemester.

Die Gesamtzahl der Studierenden in Lehramtsstudiengängen lag zum Wintersemester 2016 / 2017 mit 60.673 Einschreibungen in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Der größte Standort für Lehramtsstudiengänge war im Studienjahr 2016 die Universität zu Köln mit 13.441 Studierenden, gefolgt von den Universitäten Duisburg-Essen mit 8.295 und Paderborn mit 7.111 Einschreibungen.

IT.NRW

Quelle: nds 10-2017

Duale Ausbildung schützen

Die IG BAU hat Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) in einem Brief aufgefordert, sich auf europäischer Ebene für die Sicherung der hochwertigen Ausbildung im Handwerk einzusetzen. Die Gewerkschaft warnt davor, die duale Ausbildung in Deutschland auszuhöhlen. Anlass sind die Ende dieses Monats startenden EU-Verhandlungen, mit dem Ziel qualitätssichernde Regelungen der Berufsausbildung unter anderem in Deutschland abzubauen. Die IG BAU lehnt dies ab. Sie fordert, dass die Meisterpflicht im Handwerk nicht in Frage gestellt und die Modernisierung von Ausbildungsordnungen nicht verzögert oder verhindert wird.

Quelle: einblick 2/2018

Hängepartie vor Ausbildung

Immer mehr Jugendliche hängen im sogenannten Übergangssystem zwischen Schule und Ausbildung fest – das zeigt eine neue Auswertung des DGB. Tendenz steigend. Vor allem Jugendliche mit Hauptschul- oder mittlerem Schulabschluss schaffen nicht den direkten Sprung in die Arbeitswelt. Sie drohen in Übergangsmaßnahmen stecken zu bleiben, „oftmals ohne Aussicht auf eine abgeschlossene Ausbildung“, so die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. Die steigenden Zahlen gehen auch auf geflüchtete Jugendliche in Sprach- und Integrationsklassen zurück. Fazit:

„Wir brauchen in den kommenden Jahren deutlich mehr Ausbildungsplätze“, so Hannack. www.dgb.de/-/QU5

Quelle: einblick 4/2017

NEU ab dem 1.1.2018
Montag und Dienstag
von 13:00 - 16:00 Uhr
Mittwoch und Donnerstag
von 9:00 - 12:00 Uhr

GEW-Geschäftsstelle:

Essener Str. 88, 45899 Gelsenkirchen

Tel.: 0209 513759 Fax: 0209 514207

Homepage:

www.gew-gelsenkirchen.de

E-Mail: gew-ge@gmx.de

Öffnungszeiten: Mo.bis Do.: 09:00 - 12:00 Uhr

GE-W 165

Extra

Dienstag 15. Mai 2018

Personalversammlung in Gelsenkirchen

Anträge & Resolutionen

Integration ernst nehmen!

Der Personalrat möge sich dafür einsetzen, dass an jeder Grundschule pro Jahrgang eine neu zu schaffende Stelle für gelingende Integration angegliedert wird.

Begründung: Zahlreiche verhaltensauffällige Kinder, Kinder mit Lernschwierigkeiten sowie Kinder mit Entwicklungsverzögerungen bedürfen besonderer Zuwendung. Hinzu kommen Kinder, die über wenige Deutschkenntnisse verfügen und viel Unterstützung benötigen. Eine Lehrkraft kann alleine diese Vielfalt nicht bewältigen. Soll die Integration verschiedener Gruppen in einer Klasse gelingen, muss pro Jahrgang mindestens eine Stelle für gelingende Integration geschaffen werden.

Mobile Endgeräte für Lehrkräfte bereitstellen!

Die Personalversammlung für Lehrkräfte an Grundschulen in Gelsenkirchen fordert den Personalrat auf, sich für die Bereitstellung von mobilen Endgeräten (Notebook, Tablet) zur ausschließlich dienstlichen Nutzung einzusetzen.

Begründung: Lehrkräften stehen PC-Arbeitsplätze nicht in angemessener Zahl zur Verfügung. Die Nutzung privater Geräte ist aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht vertretbar. Die flexible Arbeit von Lehrkräften ist erwünscht und erforderlich. Daher sollte jede Lehrkraft mit einem mobilen Endgerät, das durch die schulische IT vorab geprüft worden ist und datenschutzrechtlich eingerichtet wurde, ausgestattet werden. Schulträger benötigt den Hinweis, dass das Ministerium dies für sinnvoll erachtet!

Vera abschaffen!

Der Personalrat möge sich dafür einsetzen, dass das Vera-Verfahren abgesetzt wird!

Begründung: Lehrkräfte treffen bei ihrer Arbeit mit Kindern auf unterschiedliche Lernniveaus. Im Rahmen der praktizierten individuellen Förderung, des Inklusionsprozesses, der Zuwanderung von oft bildungsfernen Kindern aus Südosteuropa und den Flüchtlingen aus arabischen Ländern, die oft nicht oder mit arabischen Schriftzeichen alphabetisiert worden sind verbieten sich vergleichende Arbeiten. VERA ist vor diesem Hintergrund kein geeignetes Messinstrument, sondern diskriminiert alle Akteure.

Erschwerniszulage einrichten!

Die Personalversammlung für Lehrkräfte an Grundschulen in Gelsenkirchen fordert den Personalrat auf, sich für eine Erschwerniszulage in Anlehnung an §65 LBesG NRW einzusetzen.

Begründung: In Gelsenkirchen beträgt der Sozialindex 100%. Vor dem Hintergrund der hohen ethnischen Heterogenität und der zahlreichen von Armut (und damit verbundenen Problemen) betroffenen Kinder zeichnen sich über das normale Maß herausragende Herausforderungen und Belastungen für Lehrkräfte (und alle anderen schulischen Mitarbeiter) ab. Die Einführung einer standortbezogenen Erschwerniszulage, die nach §65 LBesG NRW möglich ist, würde zu einer Anerkennung der prekären Arbeitsbedingungen bei uns in Gelsenkirchen führen, der täglich schweren Arbeit, die Lehrkräfte hier leisten müssen, gerecht werden und darüber hinaus dazu beitragen, höhere Ausgaben für anfallende Gesundheitskosten abzufedern.

Gelsenkirchen für Lehrkräfte attraktiver machen!

Die Personalversammlung für Lehrkräfte an Grundschulen in Gelsenkirchen fordert den Personalrat auf, dass Gelsenkirchen als Arbeitsort für Lehrkräfte durch besondere Anreize und Hilfen attraktiver wird.

Begründung:

Lehrkräfte haben, bedingt durch den großen Lehrermangel, zurzeit eine große Auswahl an attraktiven Schul-/bzw. Arbeitsstandorten. Dies geht zu Lasten der Stadt Gelsenkirchen, was sich an der hohen Zahl weiterhin unbesetzter Stellen ablesen lässt. Deshalb ist die Schaffung einer attraktiven Arbeitsplatzsituation erforderlich: Bereitstellung von KiTa-Plätzen, Hilfe bei der Wohnungssuche, Sonderzulagen, attraktiver Schulraum, Klassenstärke maximal 20 Schüler bei doppelter Personalbesetzung, Reduzierung der Pflichtstundenzahl, Stärkung des Kerngeschäfts Unterricht, Angebote zur Gesunderhaltung des schulischen Personals etc.

A13/E13 als Einstiegsamt für alle!

Die Personalversammlung für Lehrkräfte an Grundschulen in Gelsenkirchen appelliert an die Landesregierung, das Einstiegsamt aller Lehrkräfte bei A13/E13 festzulegen.

Begründung:

Die bisherige Besoldung der Lehrkräfte orientiert sich an der alten Lehrerausbildung. Im Lehrerausbildungsgesetz (LABG) von 2009 wurde die unterschiedliche Lehrerausbildung auf gleich lange Bachelor- und Masterstudiengänge umgestellt. Ein im Auftrag der GEW-NRW verfasstes Rechtsgutachten von Prof. Dr. Ralf Brinktrine belegt, dass die unterschiedliche Besoldung gleichwertiger Lehrämter verfassungswidrig ist. Die besoldungsrechtliche Konsequenz wurde bis heute nicht gezogen. Prof. Dr. Brinktrine kommt zu dem Ergebnis, dass die unterschiedliche Eingruppierung nicht im Einklang mit den Vorgaben des Alimentationsprinzips nach Art.33 Abs.5 GG steht.

Wöchentliche Pflichtstundenzahl aus Altersgründen ermäßigen!

Der Personalrat möge sich dafür einsetzen, dass die Ermäßigung der Zahl der wöchentlichen Pflichtstunden aus Altersgründen in der Bass 11-11Nr.1§2Absatz 2 an die erhöhte Lebensarbeitszeit in folgender Form angepasst werden:

Zu Beginn des Schuljahres in dem das

- 50. Lebensjahr vollendet wird -1 Stunde
- 55. Lebensjahr vollendet wird -3 Stunden
- 60. Lebensjahr vollendet wird -6 Stunden
- 65. Lebensjahr vollendet wird -10 Stunden

Begründung:

Die Lebensarbeitszeit wird sukzessive auf 67 Jahre angehoben. In der Vergangenheit sind Entlastungstatbestände ab 55 eingeräumt worden, um die Regelaltersgrenze erreichen zu können. Diese sind nicht mehr zeitgemäß und müssen auf die Belastungen der heutigen Zeit angepasst werden.

„Gute Schule 2020“ fortsetzen!

Die Personalversammlung für Lehrkräfte an Grundschulen in Gelsenkirchen appelliert an die Landesregierung, die Arbeits- und Rahmenbedingungen des pädagogischen Personals durch die Erhöhung der Bildungsausgaben zu verbessern und die „Gute Schule 2020“ im Rahmen der Nachhaltigkeit über den geplanten Zeitraum von vier Jahren hinaus fortzusetzen.

Begründung:

Die Lehrkräfte in unseren Schulen sind mit unzureichenden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen konfrontiert. Der Renovierungsstau an unseren Schulen muss weiter abgebaut werden. Renovierungsbedürftige Schulen, mit zum Teil maroden Toiletten, zu geringen Schall- und Wärmeisolierungen, etc. entsprechen nicht den Anforderungen an einen Arbeitsplatz und sind nicht tragbar für die Gesunderhaltung der Menschen, die diese Räume täglich nutzen.

Finanzielle Ausstattung der Grundschulen verbessern!

Der Personalrat wird aufgefordert sich für eine Erhöhung der Schulbudgets einzusetzen.

Begründung:

Die zur Verfügung stehenden Budgets reichen nicht aus, um die erforderlichen Arbeitsmaterialien und Ausstattungsgegenstände auskömmlich zu finanzieren.

Schulscharfe Verfahren zeitweilig aussetzen!

Der Personalrat möge sich für das zeitweilige Aussetzen der schulscharfen Verfahren zugunsten einer zentralen Steuerung auf die höchsten Bedarfe (gemäß Sozialindex) und stärksten Unterversorgungen einsetzen.

Begründung:

Die personal- und zeitbindenden schulscharfen Ausschreibungen laufen fast immer leer. Ein und dieselbe ausgeschriebene Stelle wird oft mehrmals nacheinander ausgeschrieben, ohne dass sich überhaupt jemand zum Auswahlgespräch einfindet. Hier könnten Zeit und Nerven gespart werden.

Arbeitszeitneutrale Fortbildungen

Der Personalrat möge sich für arbeitszeitneutrale Fortbildungen und zusätzliche Tage für SchiLF einsetzen.

Begründung:

Die Anforderungen an die Lehrkräfte in Gelsenkirchen steigen permanent. Um der hieraus resultierenden erhöhten Belastung gerecht zu werden, sind Fortbildungen erforderlich. Damit der Arbeitsdruck nicht noch weiter steigt, sollten diese Fortbildungen ganztägig und als zusätzliche pädagogische Ganztage durchgeführt werden.

Gesundheitsmanager an den Schulen einrichten!

Die Personalversammlung von Grundschullehrkräften in Gelsenkirchen fordert vom Arbeitgeber in Anlehnung an §76 LBG NRW Wege zur Gesunderhaltung und zu gesundheitsfördernden Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz Schule einzuschlagen und Gesundheitsmanager an den Schulen zu etablieren.

Begründung:

Aktuellen Umfragen und Krankmeldungen zu Folge steht die Gesundheit der Lehr- und pädagogischen Fachkräfte auf dem Spiel. Die psychologischen Belastungen am Arbeitsplatz Schule nehmen merklich zu. Um die Gesundheit der Lehrkräfte dauerhaft zu erhalten, sind regelmäßige und wirksame Präventionsmaßnahmen erforderlich. Begleitende Maßnahmen zum Gesundheitsschutz wie z.B. Ruheräume, geregelte Pausen, ... müssen in den Alltag integriert werden, um Wirksamkeit entfalten. Um erfolgreiche Maßnahmen zu institutionalisieren, ist der Einsatz professioneller Kräfte/Gesundheitsmanagement unabdingbar.

Pflegefachkräfte für Kinder an jeder Grundschule

Der Personalrat möge sich dafür einsetzen, dass Stellen für Pflegefachkräfte an Grundschulen eingerichtet werden.

Begründung:

Im Rahmen der Inklusion kommt es im Unterrichtsalltag immer häufiger vor, dass Kinder gepflegt und gewickelt werden müssen. Auch stehen Lehrkräfte zunehmend in der Verantwortung, Kinder zur Toilette zu begleiten, darauf zu achten, bestimmte Allergene zu meiden und Medikamente zu verabreichen. Dies führt zu Unterrichtsstörungen und -verzögerungen. Aufgrund des Fehlens erforderlicher Fachkräfte entstehen unwürdige und belastende Situationen für die Lehrkräfte vor Ort. Ziel sollte es sein, Schule menschengerecht und würdig zu gestalten. Jede Grundschule benötigen qualifiziertes Pflegepersonal, das die oben skizzierten Aufgaben übernimmt.

Rückendeckung durch den Arbeitgeber erhöhen!

Die Personalversammlung von Grundschullehrkräften in Gelsenkirchen erwartet, dass bei körperlichen Angriffen oder Beleidigungen, die in Ausübung oder im Zusammenhang mit dem Dienst erfolgen, ausreichende personelle Ressourcen zur Aufarbeitung jeden Vorfalles bereitgestellt werden und Strafanzeige durch den Arbeitgeber mit Rechtsschutzsicherung für die Lehrkraft ermöglicht wird.

Begründung:

Verbale und tätliche Angriffe in den Schulen sind heute leider keine Seltenheit mehr. Bisher waren Betroffene dabei häufig auf sich gestellt, was ihre Gesundheit oft nachhaltig beeinträchtigt hat. Langfristige Folgen sind nur sehr schwer einzuschätzen. Deshalb ist eine umfangreiche und auf die jeweilige Person abgestellte Hilfestellung nach Gewaltvorfällen unerlässlich.

Finanzielle Ausstattung von Schulen mit Nebenstelle

Die Personalversammlung beauftragt den örtlichen Personalrat, sich bei allen Verantwortungsträgern dafür einzusetzen, dass bei Verbundschulen die Teilstandorte bei der Materialausstattung als eigene Systeme betrachtet werden und mit den entsprechenden finanziellen Mitteln versehen werden.

Begründung:

Die Fiktion eines einzigen Systems führt dazu, dass es Verwerfungen bei der Mittelzuweisung und Ausstattung gibt, deren Folgen ungleiche Lern- und Arbeitsbedingungen an den Teilstandorten sind.

Mehr Schulpsychologen für Schulen in Gelsenkirchen!

Die Personalversammlung fordert die Einstellung weiterer Schulpsychologen in der Relation 1:5000.

Begründung:

Die UNESCO forderte bereits 1954 auf einer Konferenz in Hamburg den Ausbau der Schulpsychologie auf 1:200. Im Jahre 1973 verabschiedete die KMK den Beschluss zur „Beratung in Schule und Hochschule“. Das offizielle Ausbauziel von 1 Schulpsychologen für 5000 SchülerInnen bis 1980 ist nie erreicht worden.

Adäquate Fortbildungsmodule frühzeitig bereit stellen!

Begründung: Professionelles Handeln setzt entsprechendes Know-how voraus. Lehrkräfte benötigen Raum, Zeit und Entlastung, um sich auf Neuerungen und Veränderungen vorzubereiten bzw. einstellen zu können.

Begründung: Professionelles Handeln setzt entsprechendes Know How voraus. Lehrkräfte benötigen Raum, Zeit und Entlastung, um sich auf Neuerungen und Veränderungen vorzubereiten bzw. einstellen zu können.

Klassenräume täglich und gründlich reinigen!

Der Personalrat möge sich für die umfassende Reinigung der Klassenräume einsetzen und den Rat der Stadt Gelsenkirchen auffordern, gemäß der Stichprobe von Gelsendienstleistungen weitere 400.000 € in den Haushalt für die tägliche Reinigung der Grundschulen einzustellen.

Begründung:

Bis auf den Boden und die Tische wird die Ausstattung in den Klassenräumen nur einmal im Jahr gereinigt. Die daraus resultierende Staubbelastung gefährdet die Gesundheit und ist nicht tragbar für die Gesunderhaltung der Menschen, die diese Räume täglich nutzen.

Acht Kinder pro IFÖ-Klasse

Die Personalversammlung für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen in Gelsenkirchen fordert, dass maximal 8 Kinder in einer IFÖ Klasse beschult werden.

Begründung:

Für den ergiebigen Spracherwerb darf eine Gruppe nicht größer als 8 Kinder sein. Das Ziel des zügigen Übergangs ins Regelsystem und der damit verbundenen Integration ist so schneller realisierbar.

Die Kinder

- sind 7 bis 10 Jahre alt;
- stammen aus verschiedenen Kulturkreisen;
- haben keine oder sehr unterschiedliche Schulerfahrungen;
- verfügen über unterschiedliche Kenntnisse der Schriftsprache und der Mathematik; kommen evtl. aus einem anderen Lautsystem;
- sind nicht mit der lateinischen Schrift alphabetisiert worden;
- treffen innerhalb der IFÖ-Klasse auf Schüler, die aus verfeindeten Gruppen kommen;
- brauchen aufgrund ihrer oft traumatischen Erfahrungen eine erhöhte (emotionale) Zuwendung.

Fünf Organisationsstunden

Die Personalversammlung für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen in Gelsenkirchen appelliert an die Landesregierung, fünf Stunden der Unterrichtsverpflichtung durch Organisationsstunden zu ersetzen.

Begründung:

Der Umbau des Schulsystems erfordert von allen Lehrkräften einen stark gestiegenen Arbeitseinsatz, der sich in einem enormen zeitlichen Mehraufwand manifestiert. Steigende Schülerzahlen, größere Klassenstärken, zunehmende, notwendige Absprachen in Teams, stärkerer Verwaltungsaufwand, eine stetig wachsende Anzahl an Eltern-, Arztgesprächen etc. und Netzwerkarbeit gehören zum Arbeitsalltag. Diese Fülle lässt sich nur mit anrechenbaren Organisationsstunden auf Dauer professionell bewältigen.

Wiedereinführung von ganztägigen Elternsprechtagen

Die Personalversammlung der Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen in Gelsenkirchen fordert die Schulministerin Frau Gebauer auf, wieder ganztägige Elternsprechtage einzuführen.

Begründung:

Vor mehr als fünf Jahren wurde die Elternberatung an den zweimal jährlich stattfindenden Elternsprechtagen auf den Nachmittagsbereich begrenzt. Durch diese Begrenzung ergibt sich für die Lehrerinnen und Lehrer eine zusätzliche Mehrarbeit. So muss für den Tag, an dem der Elternsprechnachmittag stattfindet, neben bis zu sechs Stunden Unterricht noch die Elternberatung vorbereitet werden. Die Elternberatung

im Anschluss an den regulären Unterricht nimmt soviel Zeit in Anspruch, dass die Elterngespräche auf mehrere Nachmittage verteilt werden müssen. Die übrigen Verpflichtungen können in diesem Zeitraum nicht mehr erledigt werden. Da im Grundschulbereich mit 28 Unterrichtspflichtstunden die Arbeitsverdichtung ohnehin schon ausgereizt ist, geht die Verlagerung von Verpflichtungen immer zu Lasten der Gesundheit und Unterrichtqualität.

Anrechnungsstunden erhöhen

Der Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen in Gelsenkirchen möge sich dafür einsetzen, dass die Anrechnungsstunden zum Ausgleich für die Wahrnehmung besonderer schulischer Aufgaben, zum Ausgleich besonderer schulischer Belastungen und für weitere gesetzliche Aufgaben (Lehrerrat, Ansprechpartner für Gleichstellungsfragen) in der Grundschule auf mindestens eine Stunde pro Grundstelle erhöht wird, damit alle gesetzlichen Aufgaben und außerunterrichtlichen Tätigkeiten pflichtgemäß im Rahmen der Arbeitszeit erfüllt werden können.

Begründung:

Besonders an Grundschulen mit in der Regel kleineren Kollegien hat die Belastung aus zusätzlichen Aufgaben pro Lehrkraft zu einer nicht mehr länger hinnehmbaren Belastung geführt. Die jetzige Regelung führt zu einer so geringen Zahl an Anrechnungsstunden, dass es oft zu unwürdigen Konkurrenzsituationen hinsichtlich der Bedeutung und Gewichtung einzelner Aufgaben kommt. Im Sinne einer nachhaltigen Erhaltung der Gesundheit von Lehrkräften ist die geforderte Entlastung dringend nötig.

Eine volle Sekretärinnenstelle pro Grundschule

Die Personalversammlung für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen in Gelsenkirchen fordert, dass an jeder Schule eine Sekretärin mit einer vollen Stelle beschäftigt wird.

Begründung:

Neben der Zunahme verwaltungsorganisatorischer Tätigkeiten hat sich das Aufgabenfeld der Schulsekretärin durch die Inklusion, IFÖ-Klassen, Zusammenarbeit mit anderen Institutionen wie z. B. KIGE, Einwohnermeldeamt, Jugendamt, Gesundheitsamt etc. vergrößert.

Diese verwaltungsorganisatorischen Tätigkeiten können erst nachmittags absolviert werden, weil sie im Vormittagsbereich durch den schulischen Publikumsverkehr ständig unterbrochen werden.

Immer mehr Eltern benötigen besondere Hilfe und Unterstützung beim Ausfüllen einfachster Formulare und Erklärungen über grundlegende schulspezifische Abläufe, da sie oft der Sprache und oder der Schrift nicht mächtig sind.



WAZ Artikel vom 26. Jan 2018 Gelsenkirchen

GEW: 89 Prozent mehr in Erziehung und Bildung

Inge Anshl

GEW-Vorsitzender Lothar Jacksteit wünscht sich das, was Mitarbeiter der Landtagsabgeordneten bekommen, auch für Kitas und Schulen.

89 Prozent mehr Geld für die Mitarbeiter der Landtagsabgeordneten: Diese Nachricht weckt Begehrlichkeiten. Und Ideen. Lothar Jacksteit jedenfalls, der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) des Stadtverbands GE/Gladbeck, hat eine. Grundlage seiner Vorstellung, jetzt auch 89 Prozent mehr Mittel in Gelsenkirchen für Erziehung und Bildung zu fordern, sei die Tatsache, „dass im Landtag mit großer Mehrheit anerkannt wurde, dass die Arbeitsbelastung enorm gewachsen ist“.

Stadt mit dem größten Sozialindex

Die Menschen im Lande und natürlich auch die GEW-Mitglieder könnten eine solche Entscheidung „nur dann wirklich nachvollziehen, wenn das für alle anderen Lebensbereiche auch anerkannt wird.“ In Gelsenkirchen, der Stadt mit dem größten Sozialindex (100), könne man mit 89 Prozent mehr Mitteln für Erziehung und Bildung angemessen auf die gewachsene Arbeitsbelastung in Kitas und Schulen reagieren. Denn: „Es kann doch nicht sein, dass junge Menschen durch das System rutschen und keinen Abschluss bekommen, der sie zu einer Berufsausbildung befähigt.“ Mit 89 Prozent mehr „würde wirklich kein Kind zurück gelassen“.

Multiprofessionelle Teams nötig

Alle Schulbereiche sollten ein Plus von 89 Prozent zugesprochen bekommen, „damit man den Kindern das entlockt, was in ihnen steckt“, sagt Lehrer Jacksteit, und setzt nach: „Das geht im bisherigen System nämlich nicht.“ Es stehe immer noch nur die eine Person vor einer Klasse. Und das trotz enormer Herausforderungen. Er zählt auf: individuelle Förderung, Inklusion, Zuwanderung, Flucht und on Top Digitalisierung. Dazu brauchte es multiprofessionelle Teams. Woher das Geld kommen soll, um eine Bildungsoffensive mit 89 Prozent mehr

Geld zu finanzieren? „Das wird das Land nicht aus der Portokasse zahlen können“, gibt der Gewerkschafter unumwunden zu. „Aber wenn wir heute in Bildung investieren, um Kinder in den Stand zu versetzen, später einen Beruf auszuüben, der sie wiederum zu Steuerzahlern macht, ist das gut investiertes Geld, das sich refinanziert.“



„Es kann doch nicht sein, dass junge Menschen durch das System rutschen“

Lothar Jacksteit, GEW-Vorsitzender

Die Stadt Gelsenkirchen, so anerkennt der GEW-Vorsitzende, versuche alles in ihrer Macht stehende, um Kindern und jungen Erwachsenen eine Chance zu geben, stoße aber mangels ausreichender Ressourcen an Grenzen. Lothar Jacksteit schaut bei dem Thema auch über den Tellerrand. „Ich habe den Wunsch, dass der Blick auf diese Region gerichtet wird.“ Seine Hoffnung sei, dass das Land die enormen Bedarfe der Ruhrgebiets-Kommunen erkenne und man in Düsseldorf zu dem Ergebnis komme: „Wir brauchen eine starke Metropole, die auch Impulse für das Land bringt.“ Im Bereich Erziehung und Bildung sei heute eine Kraftanstrengung nötig. „Ja, es muss Geld in die Hand genommen werden, aber wenn wir in Jahrzehnten denken, wird das einen Gewinn für das ganze Land bringen.“

Info: Lob für die Stadt auch in der BV Süd

Wenn man Kinder in der Sekundarstufe I entsprechend fördere, mein Lothar Jacksteit, würde der Zuwachs in der Sekundarstufe II entsprechend steigen.

Bereits in der Sitzung der Bezirksvertretung Süd hatte er in seiner Eigenschaft als CDU-Bezirksverordneter die Stadt für ihre Schulplanung gelobt, die aber an ihre Grenzen stoße.

Erklärung des Niedersächsischen Landesausschusses für Migration, Diversität und Antidiskriminierung der GEW

In einem dringenden Appell an die Gewerkschaften und die demokratische Öffentlichkeit haben 29 Gewerkschaftskolleginnen aus der Türkei, größtenteils geflüchtete Mitglieder der GEW-Partnergewerkschaft Egitim Sen, zum Protest gegen die militärischen Angriffe des türkischen Staats auf Efrîn/Nordsyrien und zur Solidarität mit der Bevölkerung und den Verteidigungskräften aufgerufen. Gemeinsam mit ihnen verurteilen wir den völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Selbstverwaltungsregion Nordsyrien.

Seit der Verteidigung Kobanê gegen die Angriffe des sog. IS engagieren sich bundesweit mehrere Initiativen in Solidaritätsprojekten mit Kobanê, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitsbereich. Als Mitinitiatorin der "Globalen Bildungskampagne" tritt die GEW für die Verwirklichung des Rechts auf Bildung weltweit ein. Als Trägerorganisation des Projekts "Schule ohne Rassismus" fördert sie die Verankerung von Diversität und Gleichwertigkeit als pädagogische und gesellschaftliche Grundgedanken an den Schulen. Daraus haben sich zahlreiche Bezugspunkte zum Aufbau der Schulen und zur demokratischen und diversitätsbasierten Neugestaltung des Bildungswesens in der Föderation Nordsyrien entwickelt und bundesweit werden Bildungsprojekte mit Kobanê durch verschiedene Ausschüsse und Landesverbände der GEW unterstützt.



Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

Doch immer deutlicher werden die Grenzen sichtbar, an die die praktische Realisierung dieser Solidarität stößt. Der auf dem Grundsatz eines demokratischen und multiethnischen Zusammenlebens basierende Aufbau in der Föderation Nordsyrien wird nicht nur schon seit langem durch Grenzsicherungen und die ständig präsente militärische Bedrohung vor Ort behindert. Zunehmend wird auch die dulddende und unterstützende Rolle der bundesdeutschen Regierungspolitik deutlich.

Mitte letzten Jahres wurde im Rahmen eines Solidaritäts- und Schulpartnerschaftsprojekts mit Kobanê eine Gruppe von Lehrkräften aus Nordsyrien nach Deutschland eingeladen, um zukünftige Themen und Formen des Austausches zwischen

Schüler*innen und Lehrkräften zu beraten. Trotz breiter öffentlicher Unterstützung des Projekts erhielten die Lehrkräfte aus Nordsyrien, nach einem entwürdigenden Umgang im Antragsverfahren, von der zuständigen Deutschen Botschaft keine Einreiseerlaubnis. Mehrere GEW-Landesverbände protestierten entschieden gegen das Einreiseverbot, doch auf die an das Auswärtige Amt bzw. persönlich an Außenminister Gabriel gesendeten Protestschreiben erhielt bis jetzt niemand eine Antwort. Aktuell wird nun von Gewerkschafter*innen aus verschiedenen GEW-Landesverbänden eine eigene Delegationsreise geplant, um sich auf diese Weise persönlich über die unterstützten Solidaritätsprojekte für den Wiederaufbau der Schulen zu beraten, über die diversitätsbasierte und emanzipatorische Konzeption des Bildungswesens zu informieren und um Kontakte zu den Organisationen der Lehrkräfte aufzubauen.

Doch aktuell hat die türkische Regierung den schon lange angedrohten, völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Föderation Nordsyrien begonnen! Seit dem 20. Januar werden, mit dem Wissen und der Duldung der Regierungen weltweit, der westliche Kanton der Föderation, Efrîn, und mehrere Gebiete entlang der türkisch-syrischen Grenze militärisch angegriffen. Der türkische Staatspräsident Erdogan droht mit der Besetzung des gesamten Gebietes und der "Ausrottung" derjenigen Kräfte, die Nordsyrien weitgehend von der Herrschaft des sogenannten IS befreit haben, die Hunderttausenden der aus den umkämpften Gebieten geflüchteten Menschen Zuflucht bieten und die der Region eine friedliche und demokratische Perspektive aufzeigen.

Nur wenige Tage zuvor hat der noch amtierende deutsche Außenminister seinem türkischen Amtskollegen beim Tee die Erneuerung der freundschaftlichen Beziehungen und neue Rüstungslieferungen zugesagt. Diese Verhöhnung all derjenigen, die große Opfer für die Befreiung der Gebiete vom sogenannten IS erbracht haben und die sich für eine friedliche, diversitätsbasierte und demokratische Perspektive in Nordsyrien einsetzen, darf von den demokratischen und antirassistischen Kräften dieses Landes nicht akzeptiert werden!

Ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes hat der Bildungsdelegation der GEW-Kolleginnen von der Reise nach Kobanê abgeraten. Aber jetzt erst recht brauchen die Bevölkerung und die Verteidigungskräfte von Efrîn, Kobanê und der Demokratischen Föderation Nordsyrien/Rojava unsere Solidarität!

Wir fordern die Deutsche Bundesregierung auf, die Duldung und Unterstützung der völkerrechtswidrigen Angriffe auf Efrîn und andere Gebiete der Föderation Nordsyrien sofort zu stoppen und sich mit einer klaren Haltung dagegen einzusetzen.

Wir fordern die Deutsche Bundesregierung auf, die Solidarität mit der Föderation Nordsyrien, die breite gesellschaftliche Sympathie und Unterstützung findet, zu fördern statt sie zu behindern.

GEW Hamburg 13.Feb.2018

Hinweis:

Am 18.März 2018 wurde Efrîn eingenommen.

Abstiegsängste bis weit in die Mittel- und Oberschicht verbreitet

Forscherin: Deutlich machen, dass Wandel der Arbeitswelt gestaltbar ist.

**Hans Böckler
Stiftung**

Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

Abstiegsängste sind in Deutschland bis weit hinein in die Mitte der Gesellschaft verbreitet. Menschen mit geringem Einkommen und Arbeitsplatzsorgen sind am stärksten belastet. Doch auch etliche Beschäftigte, die ihren Job für sicher halten, sorgen sich um ihren Lebensstandard oder die Alterssicherung und erleben zunehmenden Druck und Kontrolle bei der Arbeit. Zu diesen Ergebnissen kommt eine neue, von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie.

Nach dem starken Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr stellt sich die Frage: Wie lässt sich erklären, dass diese Partei so viele Stimmen gewinnen konnte? Eine Analyse der Soziologin Prof. Dr. Bettina Kohlrausch kommt zu dem Ergebnis: Die AfD profitiert von Verunsicherung in der Bevölkerung. Vor allem weit verbreitete Abstiegsängste spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie reichen weit in die Mittelschicht bis hin zu Besserverdienern. Bei vielen Menschen kommt ein Gefühl des "Ausgeliefertseins" hinzu, vor allem am Arbeitsplatz. Für ihre Untersuchung hat die Wissenschaftlerin der Universität Paderborn eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Umfrage ausgewertet, durchgeführt Anfang 2017 vom Meinungsforschungsinstitut Policy Matters. Dabei wurden knapp 5000 Personen ab 18 Jahren zu ihren politischen Einstellungen, Werten sowie Sichtweisen auf die Arbeitswelt befragt.

Viele Menschen in Deutschland fürchteten um ihren sozialen Status, konstatiert die Forscherin mit Blick auf die Ergebnisse der Umfrage. Knapp die Hälfte der Befragten stimmt beispielsweise der Aussage zu: "Ich befürchte, meinen Lebensstandard nicht dauerhaft halten zu können". Ebenso groß ist der Anteil derer, die sich Sorgen um ihre finanzielle Situation im Alter machen. Nur etwa ein Viertel der Befragten macht sich jedoch Sorgen um den Arbeitsplatz. Das bedeutet, dass viele der Befragten um ihren sozialen Status fürchten, obwohl sie dauerhaft in den Arbeitsmarkt integriert sind.

Abstiegsängste sind der Analyse zufolge am stärksten ausgeprägt bei Menschen, die über ein geringes Einkommen verfügen und sich am unteren Rand der Gesellschaft verorten. Von ihnen sorgen sich 90 Prozent um ihre finanzielle Situation. Diese Ängste nehmen mit höherem sozialen Status zunächst ab, wobei sie auch noch bei Personen, die sich der unteren Mittelschicht zuordnen, weit verbreitet sind und dort immerhin gut die Hälfte der Befragten betreffen. Auffällig ist, dass finanzielle Sorgen am oberen Ende wieder stärker ausgeprägt sind. Fast die Hälfte derer, die sich "ganz oben" in der Gesellschaft verorten, sind betroffen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei einer anderen Frage: Die Sorge, den eigenen Lebensstandard nicht langfristig halten zu können, treibt mehr als 80 Prozent der Geringverdiener um, aber auch knapp 40 Prozent der Top-Verdiener. Abstiegsängste sind demnach nicht nur unter jenen verbreitet, die wenig haben, sondern auch unter jenen, die viel zu verlieren haben.

Die Verunsicherung in den unteren sozialen Schichten lasse sich mit der schwierigen materiellen Situation erklären, in der die Menschen stecken. In der Mittelschicht und insbesondere bei den Besserverdienern hat die Forscherin aber noch andere Ursachen beobachtet: Häufig entstehe Unsicherheit aufgrund bestimmter Erfahrungen am Arbeitsplatz, zum Beispiel bei Menschen, die ständigem Druck und zunehmender Arbeitsverdichtung ausgesetzt sind. Die Auswirkungen der Digitalisierung beschäftigten viele Arbeitnehmer insbesondere in den mittleren Gehaltsgruppen. Gleichzeitig seien Abstiegsängste unter Personen, die der Aussage „Durch die Digitalisierung wird die Kontrolle und Überwachung an meinem Arbeitsplatz immer größer“ zustimmen, besonders ausgeprägt.

„Abstiegsängste speisen sich auch aus dem Gefühl, den gesellschaftlichen Veränderungen, die Digitalisierung oder Globalisierung mit sich bringen, ausgeliefert zusein. Sie sind nicht zuletzt Ausdruck des Gefühls, die Kontrolle über die Gestaltung des eigenen Lebens verloren zu haben“, schreibt die Soziologin. Diese Angst ziehe sich durch alle Gehaltsgruppen und sei damit ein Stück weit von der finanziellen Situation entkoppelt. Dennoch habe sie einen realen Bezug, schließlich beruhe sie auf konkreten Erfahrungen am Arbeitsplatz. Dieses Ergebnis deckt sich mit einer früheren Untersuchung, in der Kohlrausch und die Experten von Policy Matters nachgewiesen hatten, dass Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenslage Menschen dazu bringt, rechte Parteien zu wählen - und nicht allein „kulturelle Faktoren“ wie etwa die Ablehnung von Zuwanderung.

Die AfD mache sich "das eher diffuse Gefühl einer allgemeinen sozialen Verunsicherung" zunutze, erklärt Kohlrausch. Eine Politik, die dem etwas entgegenzusetzen möchte, sollte daher einerseits Angebote zu einer besseren sozialen Absicherung machen. Andererseits geht es aber auch darum, besser zu vermitteln, dass die zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen politisch gestaltbar sind."

Weitere Informationen:

Bettina Kohlrausch: Abstiegsängste in Deutschland- Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus (pdf), Working Paper der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 58, Februar 2018.

Kontakt: Dr. Dorothea Voss
Leiterin Abteilungsförderung



**GdP: Gegen
Mehrfachidentitäten vorgehen**

Die GdP fordert Sicherheits-, Sozial- und Ausländerbehörden und die Justiz auf, gemeinsam gegen Schein- und Mehrfachidentitäten vorzugehen. „Wir müssen auch die vielen ehrlichen und aufrichtigen Menschen, die bei uns Schutz suchen oder einwandern, vor falschen Generalverdächtigungen schützen“, betont der stellvertretende GdP-Vorsitzende in der Bundespolizei Sven Hüber. www.gdp.de

Quelle: Einblick 2/2017

Die Wahrheit über unser Schulsystem

Wenn man die modernen Erkenntnisse der Hirnforschung zusammenfasst, kommt man zu einer ganz katastrophalen Schlussfolgerung für das gegenwärtige Schulsystem. Die Schlussfolgerung heißt: Es war eine falsche Vorstellung, die wir hatten, als wir gedacht haben, man könnte andere Menschen unterrichten. Man könnte sie bilden. Man könne ihnen etwas beibringen. Diese Vorstellungen kommen aus einer anderen Zeit. Sie kommen aus dem vorigen Jahrhundert, als man sich sehr tapfer darin bemüht hat, andere Menschen abzurichten und für bestimmte Aufgaben vorzubereiten, die sie ohne lange nachzufragen, dann auch hoffentlich gut erfüllt haben. In Auschwitz oder in den Schützengräben oder in diesen furchtbaren Fabrikhallen. Das waren funktionalisierte Menschen. Und funktionalisierte Menschen bekommt man dann, wenn man sie möglichst gut abrichtet. Das heißt mit Belohnung oder Bestrafung dazu bringt, dass man sich auf eine bestimmte Weise, auf die gewünschte Weise verhält. Das nennt man Unterricht oder Erziehung. Diese Dressurmethoden brauchen wir nicht mehr. Sie sind auch hirntechnischer Unsinn, weil man damit auch immer nur erzwingt, dass das Kind in Gegenwart des Erwachsenen sich nur so verhält. Also sprich: In der Schule verhält es sich so, wie es sich dort verhalten soll, wenn die Anrechnungsverfahren wirklich noch klappen. Um die Belohnung zu kriegen, sprich, in die nächste Klasse versetzt zu werden, strengt es sich einigermaßen an und um die Bestrafung zu vermeiden, sprich, dass es sitzen bleibt, strengt es sich auch einigermaßen an. Wenn es dann draußen ist, aus der Schule, dann sagt es: „Es war furchtbar. Es hat keinen Spaß gemacht. Das Schlimmste was ich in meinem Leben erlebt habe, ist meine Schulzeit.“ Wie man das heute noch so bei vielen Erwachsenen hören kann. Das ist eine Vergeudung von Potential, wie es sich eine moderne Gesellschaft einfach nicht mehr leisten kann. Da kommt die Hirnforschung und sagt, worauf es ja eigentlich ankäme, ist ja nicht, dass man den Anderen dazu zwingt, sich auf eine bestimmte Weise zu verhalten oder sich bestimmtes Wissen, was man für wichtig hält sich anzueignen. Sondern es käme ja darauf an, dass der Andere eingeladen hat, ermutigt wird und inspiriert wird, sich das Wissen, was auf dieser Welt vorhanden ist, anzueignen, dass man Kinder und Jugendliche dabei begleitet, Entdecker und Gestalter dieser Welt zu sein und auch ihre eigenen Möglichkeiten zu verwirklichen. Dafür braucht man doch anderes, was wir heute Schule nennen. Dazu brauchte man Einrichtungen, in die Kinder und Jugendliche so gerne gehen, dass sie weinen, wenn Ferien sind. Solche Einrichtungen suchen wir im deutschsprachigen Raum. Die gibt es. Es gibt Schulen, die so sind, dass die Kinder weinen, wenn Ferien sind. Und diese Einrichtungen versuchen wir in der Sinnstiftung zusammenzufassen, zusammenzubringen, sie vorzustellen. Damit es endlich bekannt wird im Land, dass Schule, so wie sie immer noch in den meisten Einrichtungen stattfindet, nicht sein muss. Es ist kein Naturgesetz, dass Schule schlecht sein muss, dass Schule etwas sein muss vor dem man sich fürchtet - wo 40% der Schulkinder mit Angst hingehen, sondern es liegt an uns und wir können es anders. Und es wird Zeit, dass wir es anders machen.

Von Prof. Dr. Gerhard Hüther mehr unter <https://youtu.be/azujKBfu4Nk>



Bild: DAK-Gesundheit; Shutterstock | Great Divide Photography

DAK-PRÄVENTIONSRADAR 2017 ZEIGT ERSCHECKENDE TENDENZ AUF

Immer mehr Kids rauchen Shisha

In Deutschland haben mehr Kinder und Jugendliche Erfahrung mit Wasserpfeifen als bisher bekannt. Von den Schülern der Klassenstufen fünf bis zehn haben 22 Prozent schon einmal Shisha geraucht, in Klassenstufe zehn sogar fast jeder zweite. Das geht aus dem DAK-Präventionsradar 2017 hervor. In Wasserpfeifen wird der Tabak nicht direkt verbrannt, sondern bei niedrigen Temperaturen verschwelt. Dazu wird Wasserpfeifenkohle verwendet. Bei der Verbrennung der Kohle entstehen erhebliche Mengen an Kohlenmonoxid, ein hochgiftiges Gas, das man weder riechen noch sehen oder schmecken kann. In jüngster Zeit berichten Krankenhäuser von einer steigenden Zahl an Shisha-Rauchern, die sie wegen Kohlenmonoxid-Vergiftungen behandeln. Solche Vergiftungen sind lebensgefährlich. Mehr Infos zum Präventionsradar auf Seite 12 und unter

Quelle: magazin.dak.de 1/2018

Mehr junge Komasaüfer

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die mit Alkoholvergiftung im Krankenhaus behandelt werden, ist erstmals seit 2012 wieder gestiegen. Im Jahr 2016 kamen laut Statistischem Bundesamt 22.309 10- bis 20-Jährige völlig betrunken in die Klinik.

Mehr Infos dazu online bei uns unter: [Quelle: magazin.dak.de 1/2018](https://magazin.dak.de)



Bild: DAK-Gesundheit

Bundesweite Studie: Lehrkräfte arbeiten länger als andere Beschäftigte

GEW fordert spürbare Entlastungen

Hannover – Nach einer neuen Studie der Georg-August-Universität arbeiten Lehrkräfte in Deutschland im Durchschnitt länger als vergleichbare Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dies gefährdet nicht zuletzt die Gesundheit vieler Betroffener. Im Schnitt arbeiten Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen, Gesamtschulen und Gymnasien 48:18 Stunden wöchentlich gegenüber der Vergleichsbasis von 46:38 Stunden, die sich rechnerisch ergibt, wenn man die 40-Stunden-Woche der Verwaltungsbeamten auf die Schulwochen umrechnet. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert eine umgehende Entlastung der Lehrkräfte.

Bei einer Pressekonferenz der GEW in Hannover legten die Göttinger Sozialwissenschaftler Dr. Frank Mußmann und Dr. Thomas Hardwig am 29. Januar 2018 die Ergebnisse einer Vergleichsanalyse von 20 Studien aus sechs Jahrzehnten zur Lehrkräftearbeitszeit vor. „Lehrkräfte sind aufgrund zu hoher Arbeitszeitvorgaben gegenüber vergleichbaren Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Mittel schlechter gestellt. Die Arbeitszeitverkürzungen der letzten Jahrzehnte kamen nur verspätet und nicht vollständig an“, sagte Mußmann. Dies sei das konsolidierte Ergebnis der untersuchten Studien aus 60 Jahren mit verschiedensten Methoden und von unterschiedlichsten Auftraggebern. Sein Team hatte die Forschungsarbeit im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung und der GEW von August 2016 bis Dezember 2017 durchgeführt. Zwischen 14 und 19 Prozent der Lehrkräfte bewege sich sogar im Bereich überlanger Arbeitszeiten von mehr als 48 Stunden in der Schulwoche. „Es fehlen Erholungsmöglichkeiten in den Schulpausen, die Sieben-Tage-Woche ist in der Schulzeit quasi obligatorisch und die Entgrenzung der Arbeitszeit ist fast die Regel“, führte der Wissenschaftler aus. Selbst unter Einrechnung der Ferienzeiten, die zumeist erhebliche Arbeit zu Hause bedeuteten, kämen Lehrkräfte im Mittel auf 48:18 Stunden, also 1:40 Stunden über der Vergleichsbasis.

„Lange Zeit wurde die Ermittlung der Arbeitszeit von Lehrkräften für unbestimmbar gehalten. Die neue Göttinger Studie kommt jetzt zum gegenteiligen Ergebnis: Sie ist sehr wohl bestimmbar. Und sie ist im Durchschnitt der drei genannten Schulformen deutlich zu hoch“, sagte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Eine Übersicht zur Entwicklung der Pflichtstundenzahlen in allen Bundesländern zeige, dass statt einer Senkung häufig sogar mehr Pflichtstunden angeordnet werden. „Seit rund 20 Jahren werden den Lehrkräften ständig weitere Aufgaben draufgesattelt, ihre Pflichtstundenzahl wurde aber nicht grundsätzlich reduziert. Die Gesundheitsrisiken sind inzwischen immens. Hier brauchen wir dringend Entlastungen“, betonte Tepe.

Schon die Arbeitszeitstudie, die die GEW Niedersachsen 2016 präsentiert hat, und die Arbeitsbelastungsstudie, die 2017 vorgestellt wurde, haben den Handlungsbedarf deutlich gemacht. „Mit den damaligen Studien konnten die Wissenschaftler belegen, dass Lehrkräfte hochbelastet und trotzdem hochmotiviert sind“, erläuterte die niedersächsische GEW-Vorsitzende Laura Pooth. „Nun liegen sämtliche Fakten auf dem Tisch, es gibt keinen weiteren Forschungsbedarf. Die Unterrichtsverpflichtung muss runter, damit gute Qualität gewährleistet werden kann“, verlangte sie.

Pressemitteilung 29. Januar 2018
www.gew-nrw.de/presse

58 %
der Deutschen
wünschen sich für das
kommende Jahr mehr
Zeit mit Freunden und
der Familie.
Quelle: Forsa-Umfrage
im Auftrag der DAK-Gesundheit

Demenz: Angehörige am Ende ihrer Kräfte

DAK-Pflegereport offenbart Handlungsbedarf

Der aktuelle DAK-Pflegereport wirft ein Licht auf die Situation Pflegenden und ihrer Familien in Deutschland – und er zeigt eines deutlich: Das Bewusstsein um demenziell veränderte Menschen und ihre Pflege muss in unserer Gesellschaft mehr Raum einnehmen. „Wir müssen die Krankheit als soziale Tatsache akzeptieren und lernen, Betroffene mitsamt ihrer Persönlichkeit zu respektieren“, sagt DAK-Chef Andreas Storm. „Menschen mit Demenz haben das gleiche Recht auf Würde, Selbstbestimmung und ein sinnerfülltes Leben wie wir alle.“

Wer sich um an Demenz erkrankte Angehörige kümmert, ist oft am Ende der Kräfte. Im Rahmen der Befragung zum DAK-Pflegereport gaben dies 59 Prozent an. Neben einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung umfasst der Pflegereport Auswertungen von DAK-Daten, qualitative Interviews mit Menschen, die demenziell erkrankte Angehörige begleitet haben, und Versorgungsbeispiele aus der Praxis.

„Ein überraschendes Ergebnis des DAK-Pflegereports ist die positive Haltung vieler Menschen zu Demenz“, so Storm. „Fast jeder zweite der Befragten mit demenziell erkrankten Angehörigen hält ein gutes Leben mit Demenz durchaus für möglich.“ Insgesamt stimmen dieser Aussage 39 Prozent zu.

Stefan Suhr
Quelle: magazin.dak.de 1/2018

Vorbemerkung

Angesichts der derzeitigen Situation an unseren Gelsenkirchener Schulen lohnt sich der Blick auf Aspekte, die in der Debatte um Digitalisierung, Inklusion, fehlende Ressourcen oder - allgemeiner - die Attraktivität des Schulstandortes Gelsenkirchen, zu kurz kommen:

Die Rolle der Motivation und Sinnstiftung oder das Streben nach emotional positiven Zuständen.

Setzt man in dem nachfolgend abgedruckten Artikel von Cristián Gálvez den CEO (Chief Executive Officer) mit der Schulleitung gleich und sieht man Schule als Kleinunternehmen, das mit Blick auf die Belange sowohl der Schüler als auch der Lehrkräfte effizient und nachhaltig arbeiten möchte, stellt sich die Frage, wie auf lange Sicht Stabilität ins Schulsystem kommen kann. Denn die ist notwendige Voraussetzung für erfolgreiches und erfülltes Handeln.

Inwieweit Schulleitungen angesichts der Geschwindigkeit, mit der Reformen die Schullandschaft überrollen, in ihrem „Kleinunternehmen“ die Möglichkeit zum erfolgreichen „Management“ haben, sei hierbei zunächst einmal dahingestellt ...

Ingo Langenhagen

So gelingt Veränderung Motivation in stürmischen Zeiten

Cristián Gálvez ist Vortragsredner, Coach und Autor. Er begeistert sich für die vielfältigen Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung und analysiert die Psychologie der Selbstinszenierung und die Prinzipien der Selbstmotivation.

Quelle: in Form 01/2018



Zur Person

Cristián Gálvez, Jahrgang 1969, studierte BWL und Wirtschaftspsychologie in Deutschland und den USA. Danach erforschte der Deutsch-Chilene an renommierten Instituten Hollywoods die Wirkungsprinzipien der Traumfabrik. Heute arbeitet er als Autor, Coach und Redner zu den Themen Persönlichkeitsentwicklung, Motivation und Veränderung. Dabei verbindet er die Erkenntnisse der Psychologie mit seiner jahrelangen Erfahrung mit Menschen und Organisationen. Zudem ist er als Experte regelmäßig in den Medien zu erleben (u. a. RTL, SAT.1, N-TV, ZDF). www.galvez.de

Deutschen gehören statistisch gesehen noch der Mittelschicht an. Da können von den Führungskräften die tollsten Zielbilder präsentiert werden – wenn man sich im Suppenkoma vergangener Erfolge befindet, fehlt dem einzelnen Mitarbeiter der wirkliche Grund für Veränderung. Sättigung führt immer zu mangelnder Motivation.

Organisationen, Führungskräfte und eine Kommunikationskultur, die diese drei menschlichen Bedürfnisse in den Fokus stellen, sorgen für ein motivierendes Klima. Motivation ist somit das bewusste Spiel mit Sicherheit, Selbstwert und Bindung.

Die meisten Unternehmen haben die Notwendigkeit für Veränderungen längst erkannt, doch oft hapert es an der Umsetzung. Woran liegt das?

Die digitale Transformation, künstliche Intelligenz und die zunehmende Vernetzung und Globalisierung sorgen in nahezu allen Unternehmen für dramatische Veränderungen. Die Fraunhofer Gesellschaft hat eine Studie veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass es in dreizehn Jahren fast die Hälfte der heutigen Berufe nicht mehr geben wird. Da kommt Gewaltiges auf uns zu. Doch Unternehmen sind psychosoziale Systeme unterschiedlicher Individuen. Auch wenn vereinzelt Führungskräfte die Dringlichkeit der Veränderung erkennen, bedeutet das noch lange nicht, dass das bei allen Mitarbeitern auf Verständnis trifft. Hinzu kommt eine gewisse Form der Luxuszufriedenheit. Es geht uns einfach zu gut. Zwei Drittel der

Was verstehen Sie unter Motivation?

Der Begriff der Motivation begegnet uns im alltäglichen Handeln und wird vor allem häufig in Veränderungsprozessen strapaziert. Die Motivationspsychologie beschäftigt sich mit der Frage nach den Beweggründen des menschlichen Handelns und bietet vielfältige Antworten. Im Grunde genommen hat sich seit 300 vor Christus das Basisverständnis für motiviertes Handeln nicht verändert. Schon der griechische Philosoph Epikur machte deutlich, dass Menschen motiviert handeln, um sich Lust zu bereiten und Schmerz zu vermeiden. Es ist die jahrtausendealte Bipolarität der Motivation. Menschen streben nach emotional positiven Zuständen und vermeiden negative Zustände. Die modernen Neurowissenschaften erweitern diesen Ansatz und schaffen Klarheit. Hier gibt es die unterschiedlichsten Modelle. Für meine praktische Arbeit ziehe ich gerne ein Modell aus der Neuropsychotherapie von Klaus Grawe heran. Einfach ausgedrückt: Menschen streben permanent nach Sicherheit, Selbstwert und Bindung. Das erzeugt emotional positive Zustände. Sicherheits-, Bindungs- und Selbstwertverlust sind hingegen schmerzhaft. Erfahrungen. Or-

Wie gelingt es, Menschen für Wandlungsprozesse mit ins Boot zu holen?

Im Grunde genommen benötigt Veränderung eine gute Kombination aus Management und Führung. Wandlungsprozesse brauchen Management-Strukturen, die die Leitplanken für neue Wege schaffen. Im Management von Veränderungen geht es daher um Prozesse, Organisation, Kontrolle und Stabilität. Führung hingegen setzt auf Vision, Motivation, Orientierung und klare Kommunikation. Prozesse werden gemanagt. Mitarbeiter brauchen Führung. Wandlungsfähige Organisationen zeichnen sich durch starke Führungskräfte aus. Leider ist das nicht immer zu beobachten. Vielen Managern mangelt es in der Führungskommunikation an Vision, Klarheit und Sinnstiftung. Eine Vision ist dabei sehr viel mehr als ein einfaches Ziel, das sich mit PowerPoint an die Wand werfen lässt. Große Visionen lassen sich nicht in Kennzahlen ausdrücken. Sie sprechen das Emotionssystem an. Die einfache Regel für den Wandlungsprozess: Je größer das Warum, desto leichter das Wie. Oftmals glauben Entscheider, dass sie Veränderungen über das Wie steuern – also durch das Managen von Prozessen. So werden zwar den Beschäftigten neue Wege vor die Füße gelegt, nur das große Warum für die selbstmotivierten ersten Schritte bleibt auf der Strecke. Bei jedem Schritt in Richtung Vision ist es hilfreich, nicht nur auf positive neue Zielbilder zu setzen. Auch das klare Aufzeigen möglicher Konsequenzen bei Nicht-Veränderung bietet gute Ansätze. Zurück zu Ihrer Frage, wie man Menschen ins Boot holt: Wenn Führungspersönlichkeiten den Menschen wirklich bewusst machen, dass es im Heimathafen bald nichts mehr zu essen gibt und sie gleichzeitig in Klarheit Visionen aufzeigen, dass auf der anderen Seite des Meeres ein Paradies auf sie wartet, dann sind Menschen auch bereit, die Segel zu setzen und aufzubrechen. Veränderungskommunikation ist immer der Dreiklang aus motivierender Bipolarität, Klarheit und Sinnstiftung.

Was zeichnet aus Ihrer Sicht veränderungsstarke Organisationen aus?

Menschen leben heute sehr viel bewusster. Deshalb rückt die ganzheit-

»Veränderung braucht eine Kombination aus Management und Führung.«



liche Betrachtung des Menschen und seiner Bedürfnisse vermehrt in den Mittelpunkt erfolgreicher Unternehmen. Schon C.G. Jung sprach von den vier Säulen des menschlichen Seins: Körper, Geist, Herz und Seele. In erfolgreichen Unternehmen bekommt jede der vier Säulen bewusst Raum und Aufmerksamkeit. Menschen möchten sich entwickeln, in gesunden Beziehungen stehen und vom täglichen Tun ein Stück weit beiseite sein. Gerade die viel beschworene Generation Y sucht hier nach neuen Möglichkeiten. Der moderne CEO mit seiner Vorbildfunktion ist ein beseelter Menschenfreund, bietet Raum für Entwicklung und achtet auf seine Gesundheit und den Erhalt seiner körperlichen Leistungsfähigkeit. Die vier Säulen bieten eine erste Orientierung für einen einfachen Selbsttest. Seele: Wie beseelt sind die Menschen in der Organisation von ihrem täglichen Handeln? Laut aktuellem Gallup Engagement-Index sind es gerade einmal 15 Prozent. Herz: Wie offen, ehrlich und gut sind die Beziehungen in den jeweiligen Teams? Wie ist das Verhältnis zur Führungskraft? Geist: Wie sehr bietet das Unternehmen Beschäftigten die Möglichkeit, sich weiterzuentwickeln oder etwas Neues zu lernen? Körper: Wie hoch ist der Durchschnitt der Krankenfehltage? Gibt es ein funktionierendes BGM? Sobald eine der vier Säulen angeschlagen ist, kommt das Unternehmen bei Veränderungen ins Wanken. Es braucht Stabilität in allen vier Bereichen. Nur aus dieser Stärke heraus ist Wandel möglich.

Viele träumen davon, ihrem Dasein eine neue Richtung zu geben. Worauf kommt es dabei an? Wie kann es gelingen?

Immer wieder treffe ich auf erfolgreiche Manager, die ihre Ziele unter großer Anstrengung erreichen und dabei trotzdem wenig Glück erfahren. „Erfolgreich, aber nicht erfüllt“ müsste eines Tages auf ihren Grabsteinen stehen. Häufig stellt sich im persönlichen Gespräch heraus, dass die unternehmerischen Ziele überhaupt nichts mit den persönlichen Zielvorstellungen zu tun haben. Diese Menschen arbeiten sich fleißig an fremden Zielen ab. Und man sieht es ihnen an. Die einfache Frage für solche Beschäftigten: Welche Ziele führen mich mehr in meine Richtung? Für einen erfüllten Lebensweg braucht es klare Antworten auf diese Frage. Dafür nehmen sich die meisten Menschen in der Hektik des Alltags zu wenig Zeit. Hier braucht es Auszeit. Eine Art ehrliche Bewusstwerdung. Erst wenn ich mein komplexes System aus Werten, Motiven, Wünschen und Sehnsüchten kenne, finde ich auch die Aufgaben, die mir die Möglichkeit geben, meiner Richtung zu folgen. Dann heißt es eines Tages in der persönlichen Rückschau: erfolgreich und erfüllt.

»Je größer das Warum, desto leichter das Wie.«



„Heartbeats“



als App

Das Start-up Preventicus aus Jena hat eine App entwickelt, die Herzrhythmusstörungen erkennen soll. Die App trägt den Namen „Heartbeats“ und erlaubt es dem Nutzer, allein mithilfe seiner Smartphone-Kamera und dem integrierten Kamerablitzen seinen Herzrhythmus zu messen. Der Hintergrund ist ein ernster: Werden Herzrhythmusstörungen wie Vorhofflimmern rechtzeitig erkannt, kann mit der passenden Medikation das Risiko Schlaganfall gesenkt werden. Aber Herzstolpern, bemerkt oder unbemerkt, hat man nicht selten dann, wenn kein Arzt in der Nähe ist. Mit der App „Heartbeats“ kann jeder überall und jederzeit innerhalb von Minuten den eigenen Herzrhythmus überprüfen und, falls es zu Auffälligkeiten kommt, diese per PDF dokumentieren, so Preventicus. Die App sei ein CE-zertifiziertes Medizinprodukt und an der Universität Basel in einer klinischen Studie getestet worden.

Quelle: in Form 01/2018

Schlafen fürs Herz

Wer eine Woche lang zu wenig schläft, erhöht sein Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Das haben finnische Wissenschaftler herausgefunden. Eine Studie der University of Helsinki untersuchte den Einfluss von zunehmendem Schlafentzug auf den Cholesterin-Stoffwechsel. Zu diesem Zweck wurde ein Schlafentzugs-Experiment mit 21 Probanden durchgeführt. 14 von ihnen wurde der Schlaf in mehreren Stufen entzogen, sieben dienten als Kontrollgruppe. Ergebnis: Die Gene, die beim Transport von Cholesterin eine Rolle spielen, sind weniger aktiv bei Menschen, die unter Schlafmangel leiden. Bereits eine Woche mit unzureichendem Schlaf reichte, so die Forscher, um die körpereigene Immunabwehr und den Stoffwechsel zu verändern.

Quelle: in Form 01/2018



Hohe Kosten durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen

Die Krankheitskosten durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen betragen im Jahr 2015 in Deutschland 46,4 Milliarden Euro. Laut einer Meldung des Statistischen Bundesamtes vom September 2017 entfielen damit rund 13,7 Prozent der gesamten Krankheitskosten in Höhe von 338,2 Milliarden Euro auf diese Krankheitsgruppe. Ebenfalls interessant: Herz-Kreislauf-Erkrankungen waren bei Männern mit 600 Euro pro Kopf mit höheren Kosten verbunden als bei Frauen (540 Euro).

Quelle: in Form 01/2018

ZITAT:

»Arbeit benötigt Prävention –
daran werden auch neue Arbeitsformen und
Technologien nichts ändern.«



Prof. Dr. Bernd Siegemund
Vorsitzender der Geschäftsführung

Durch Zeitumstellung aus dem Takt

Wir erleben ihn jedes Jahr, wenn die Uhr Ende März eine Stunde vor- und Ende Oktober wieder zurückgestellt wird: den Mini-Jetlag. Wie bei längeren Flugreisen macht uns die Zeitumstellung zu schaffen und bringt unseren Schlaf-Wach-Rhythmus durcheinander

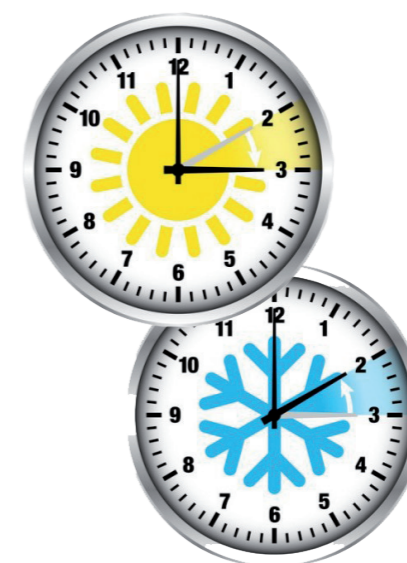
Anders als bei Langstreckenflügen über mehrere Zeitzonen geht es bei der Zeitumstellung nur um eine Stunde. Die meisten Menschen stecken die Veränderung ohne Schwierigkeiten weg. Aber bei jedem Fünften reicht es, um die innere Uhr zu stören.

Müde mit der Sommerzeitumstellung. Der Tag-Nacht-Rhythmus wird vom Hormon Melatonin gesteuert, das unser Körper bei Dunkelheit vermehrt produziert. Die Konzentration steigt erst an und fällt zum Morgen hin ab. Stehen wir nach der Umstellung auf die Sommerzeit zur gewohnten Uhrzeit auf, ist der Körper noch im Schlafmodus, weil wir noch die Melatoninkonzentration der Stunde vor dem Wecken in uns haben. Zeigt der Wecker also sechs Uhr, ist es für unseren Körper erst fünf. Das erklärt die Müdigkeit in den ersten Tagen nach der Sommerzeitumstellung. Wenn abends die Schlafenszeit naht, ist es in der Umstellungsphase gefühlt noch zu früh. Dann können sich Einschlafprobleme einstellen.

Die Umstellung im Winter fällt leichter. Bei der Umstellung auf die Winterzeit ist die zusätzliche Stunde wie ein Geschenk. Wachen wir in den folgenden Tagen früher auf, weil sich unsere innere Uhr noch nicht umgestellt hat, sind wir trotzdem ausgeschlafen. Unser Körper hat den Melatoninpegel bereits auf die Tagesproduktion gesenkt. Deshalb wirkt sich die Winterzeitum-

stellung bei denen, die unter der Zeitumstellung leiden, gewöhnlich weniger stark aus als die Umstellung auf die Sommerzeit. Dafür stellt sich am Abend die Müdigkeit früher ein. Insgesamt sind die Symptome bei beiden Umstellungen ähnlich:

- Einschlafprobleme
- Durchschlafprobleme
- Müdigkeit
- Erschöpfung
- Konzentrationsschwäche
- depressive Verstimmung



Was spielt noch eine Rolle? Es muss sich nicht nur unser Biorhythmus umstellen, wir müssen auch unsere Routinen und Rituale anpassen. Zum Beispiel den Zeitpunkt der Einnahme von Medikamenten, das Füttern der Haustiere, Gassigehen oder die geänderten Fahrpläne. Auch dieser Umstellungsstress kann sich auf unser Wohlbefinden auswirken.

Wen trifft die Zeitumstellung besonders? Vor allem Frauen leiden unter dem Eingriff in den Tagesrhythmus. In einer Umfrage der DAK-Gesundheit geben 28 Prozent der befragten Frauen Probleme mit der Zeitumstellung an. Bei den Männern sind es nur 16 Prozent. Auch das Alter spielt eine Rolle: Junge Menschen bis 29 Jahre klagten selten über Probleme durch den Mini-Jetlag (15 Prozent). Den 45- bis 59-Jährigen setzt die Zeitumstellung besonders zu (29 Prozent). „Die meisten Menschen in diesem Alter haben einen Job und Kinder. Ihr Tagesablauf ist dadurch weniger flexibel als bei den Jüngeren und Älteren, deshalb fällt ihnen die Umstellung schwerer“, sagt Verhaltenstherapeutin Dr. Gitta Jacob.

Was können Sie tun? Geben Sie Ihrem Körper Zeit, sich anzupassen. Meist verschwinden die Schlafstörungen schon nach wenigen Tagen. Ansonsten gilt: Was dem Körper generell gut tut, hilft auch bei der Anpassung an die umgestellte Zeit.

Zeitumstellung abschaffen? Fast drei Viertel aller Befragten halten die Zeitumstellung für überflüssig. Doch es gibt auch Gründe für die Zeitumstellung: die Synchronisierung von Tagesablauf und Sonnenlicht. Ohne Sommerzeit von Ende März bis Ende Oktober würde die Sonne im Sommer in der Spitze bereits gegen vier Uhr aufgehen und gegen 21 Uhr wieder untergehen. Durch die Sommerzeit verschiebt sich das auf fünf Uhr morgens und knapp 22 Uhr abends (Beispiel Hamburg). Wir haben bei einem normalen Tagesrhythmus durch Sommerzeit also mehr und länger etwas vom Tageslicht. Im Winter springen wir dann wieder zur Normalzeit zurück.

Dr. Christoph Prang

Quelle: magazin.dak.de 1/2018



Mit einer Protestaktion unter dem Motto „Wir trommeln für eine gute Rente!“ hat der DGB Mitte November vor der CDU-Zentrale in Berlin noch einmal deutlich gemacht:

Wir brauchen jetzt einen Kurswechsel in der Rentenpolitik.

Rentenniveau stabilisieren

DGB-Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach fordert die künftige Bundesregierung auf, das Rentenniveau zu stabilisieren.

Dazu sei es notwendig, frühzeitig für die Zeit nach 2030 zu planen. Derzeitige Szenarien reichen nur bis dahin. Eine Entwicklung „höhere Beiträge für sinkendes Rentenniveau“ dürfe nicht Wirklichkeit werden, so Buntenbach. Die gesetzliche Rentenversicherung sei auch in Zeiten demografischer Veränderungen stabil und zukunftsfähig – wenn die Weichen heute richtig gestellt werden. Dazu solle das Rentenniveau sofort bei 48 Prozent stabilisiert und in einem weiteren Schritt etwa auf 50 Prozent angehoben werden. Der Hintergrund:

Laut Prognosen sinkt das Rentenniveau von derzeit 48 Prozent bis 2030 auf 45 Prozent und könnte 2045 nur noch 42,2 Prozent betragen. Gleichzeitig dürfte der Beitragssatz von derzeit 18,7 auf 21,6 Prozent im Jahr 2030 steigen. Aus Sicht des DGB und der Gewerkschaften ist es dringend erforderlich, die gesetzliche Rente zu stärken und den politisch verordneten Sinkflug des Rentenniveaus zu stoppen. Dazu sei keine weitere Renten-Kommission notwendig – wie CDU/CSU es vor der Wahl angekündigt hatten. Stattdessen müsse die nächste Bundesregierung schnellstmöglich handeln.

www.dgb.de/-/ErC

Quelle: einblick 12/2018

Aktiv im Betrieb

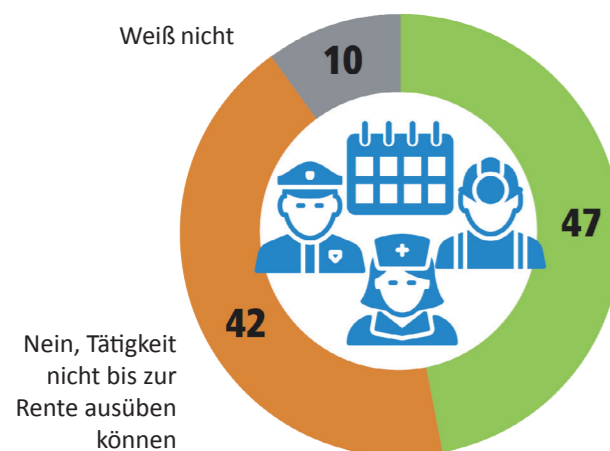
Der Kumpelverein hat sein neues Projekt „Aktiv im Betrieb für Demokratie und Vielfalt“ gestartet, um demokratieförderndes Verhalten in der Ausbildung zu fördern. Es richtet sich an Auszubildende oder Betriebe, in denen ausgebildet wird – eben dort, wo Jugendliche unterschiedlicher Herkunft, Kultur, politischer und weltanschaulicher Einstellung aufeinandertreffen. Im Rahmen des Projekts werden Module zur Demokratiebildung und Konfliktlösung als Teil der Ausbildung erarbeitet sowie Schulungen für AusbilderInnen angeboten. Der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“ wurde 1986 von der Gewerkschaftsjugend gegründet und ist einer der ältesten antirassistischen Organisationen in Deutschland. Jährlich verleiht er die „Gelbe Hand“ an Projekte gegen Rassismus und Rechtsextremismus.



www.gelbehand.de

Nicht bis zur Rente

Arbeitsfähig bis zur Rente – Selbsteinschätzung der Beschäftigten (in Prozent)



Ja, Tätigkeit bis zur Rente ausüben

Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2016

Nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten geht davon aus, ihre aktuelle Tätigkeit bis zur Rente ausüben zu können. Das zeigt die Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit zum Thema Rente. Die kompakte Analyse gibt Auskunft über verschiedene Beschäftigtengruppen und Berufe, Qualifikationsniveaus und Belastungsfaktoren, die die Arbeitsfähigkeit beeinflussen. Daten-Grundlage ist die bundesweite, repräsentative Beschäftigtenbefragung zum DGB-Index der Jahre 2012 bis 2016.

www.index-gute-arbeit.dgb.de/-/QH8

Quelle: einblick 2/2017



Foto: AntonRussia / photocase.de

Im Musterverfahren ist Geduld gefragt

Die Ausbildung für Lehrer*innen aller Schulformen wurde durch Bachelor- und Masterstudiengänge vereinheitlicht. Die Besoldung hinkt der Ausbildungswirklichkeit deutlich hinterher. Deshalb führt die GEW NRW Musterverfahren unter dem Motto: „JA 13 Z“. Weil Verwaltungsrechtsverfahren einige Jahre dauern können, müssen sich Betroffene im Augenblick gedulden.

Zurzeit führt die GEW NRW Musterverfahren unter dem Motto „JA 13 Z“. Was genau ist das Ziel?

Roland Neubert: Nach wie vor wird die Besoldung von Lehrer*innen der vereinheitlichten Ausbildung durch Bachelor- und Masterstudiengänge nicht gerecht. Die Landesregierung hat leider versäumt, dieses Problem im Zuge der Dienstrechtsreform zu lösen und die Besoldungsstruktur an die Ausbildungswirklichkeit anzupassen. Um diese berechnete Forderung durchzusetzen, hat die GEW NRW aufgerufen, den Rechtsweg zu beschreiten. Betroffenen Kolleg*innen wurde empfohlen, ihre Rechte mit Widerspruch und Klage vor dem Verwaltungsgericht geltend zu machen. Dafür hat die GEW NRW sogenannte Musterwidersprüche zur Verfügung gestellt. Das Ziel ist die gerichtliche Feststellung, dass schulfomunabhängig ein Anspruch auf A 13 Z für alle Lehrkräfte im Eingangsamt besteht.

Auf welcher Grundlage beruhen diese Verfahren und wie schätzen Sie die Erfolgsaussichten ein?

Derzeit werden beamtete Lehrer*innen, die einheitlich nach dem Lehrerausbildungsgesetz von 2009 ausgebildet worden sind oder ausgebildet werden, unterschiedlich eingestuft: einerseits in das Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 für Lehrer*innen an Grund-, Haupt-, Realschulen und in der Sekun-

darstufe I der Gesamtschulen und andererseits in das Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 13 Z für Lehrer*innen an Gymnasien, Berufskollegs und in der Sekundarstufe II der Gesamtschulen. In seinem Rechtsgutachten für die GEW NRW von Januar 2015 kommt Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Ralf Brinktrine zu dem Ergebnis, dass diese unterschiedliche Besoldung in mehrfacher Hinsicht mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Auch für die Kolleg*innen, die ihre Ausbildung nach altem Recht absolviert haben, gibt es Ansatzpunkte, das Recht auf eine andere Einstufung einzufordern. Die langjährige Erfahrung dieser Lehrkräfte kann dem Wert der jetzigen Ausbildung entsprechen. Aufgrund dieser rechtlichen Grundlagen sehe ich sehr gute Erfolgsaussichten.

Wie ist der aktuelle Stand der Verfahren? Wann ist mit einem Ergebnis zu rechnen?

Derzeit haben wir in allen Fallgestaltungen anwaltlich begleitet einige Musterkläger*innen herausgefiltert. Mit diesen führen wir die Widerspruchsverfahren und im Anschluss das Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht. Soweit sind wir jedoch noch nicht. Also: Es braucht ein wenig Geduld. Verwaltungsrechtsverfahren können einige Jahre in Anspruch nehmen. Sollten wir bis zum Bundesverfassungsgericht oder zum Europäischen Gerichtshof gehen müssen, so kann es – leider – fünf bis



Im Gespräch mit Rechtsanwalt Roland Neubert

zehn Jahre dauern. Sollten die Parteien, die im Wahlkampf die A 13 Z für die Masterabsolvent*innen versprochen haben, ihre Versprechen nach der Wahl wahr machen, würde sich das Verfahren erledigen. Dann müsste gegebenenfalls für die Altbeschäftigten weiter juristisch vorgegangen werden.

Was raten Sie betroffenen Kolleg*innen, für die kein Musterverfahren geführt wird?

Die GEW NRW hat für das vergangene Jahr die Musterwidersprüche für ihre Mitglieder zur Verfügung gestellt. Sobald sie die ersten Musterverfahren vor dem Verwaltungsgericht anhängig hat, wird sie auch für dieses Jahr ihren Mitgliedern Musterschreiben zur Verfügung stellen. Es muss für jedes Haushaltsjahr einmal ein solcher Antrag gestellt werden. Mehr müssen die Kolleg*innen nicht tun. //

Die Fragen für die nds stellte Ute Lorenz.

Quelle: nds 3-2017

Prof. Dr. jur. Ralf Brinktrine: Rechtsgutachten – Eingruppierung verschiedener Gruppen beamteter Lehrer*innen nach dem Laufbahn- und Besoldungsrecht NRW www.tinyurl.com/rechtsgutachten-brinktrine
GEW NRW: Alles zur Kampagne „JA 13 Z“ www.gew-nrw.de/ja-13

Bleiben Smartboards am Ende auch nur Tafeln?

Die einen haben sie schon, die anderen können es kaum erwarten, bis sie die neue Technik endlich im Klassenraum haben.

Alle Gelsenkirchener Schulen werden nach und nach mit Smartboards und Dokumentenkameras ausgestattet. Es gibt Stimmen in den Kollegien, die Sorge haben, mit der neuen Technik nicht zurechtzukommen, aber die meisten KollegInnen freuen sich erstmal über jede Verbesserung ihres Arbeitsplatzes. Wie so oft droht auch diese Verbesserung in den meisten Fällen als reine Kosmetik zu verkommen. Die knappen zeitlichen Ressourcen der Lehrkräfte reichen nicht aus, um sich mit der Technik so ausgiebig auseinanderzusetzen, dass man sie pädagogisch sinnvoll nutzen kann. Die technische Einführung des Herstellers und die eintägige, kollegiumsinterne Fortbildung geben wichtige Ideen und Impulse, wie die Neuerungen im Unterricht genutzt werden können. Danach werden die Kollegien mit der weiteren Umsetzung allein gelassen und gerade für weniger technikbegeisterte KollegInnen zieht das das Gefühl eines weiteren dicken Brockens auf der ohnehin immer weiter wachsenden inneren To-Do-Liste nach sich.

Wieder einmal muss sich eine neue Arbeitsgruppe im Kollegium bilden, um die Strukturen eines schulinternen Netzwerks aufzubauen, bevor ein Datenaustausch die Arbeit des Kollegiums unterstützen und erleichtern kann.



Unterrichtsunterstützende Lernsoftware kann nicht ohne weiteres installiert werden. Die Medienbeauftragten müssen in ständigen Austausch mit der GKD treten, um Programme mit Schullizenzen ins Netzwerk einspeisen zu können. Die betroffenen KollegInnen wissen, wie kräftezehrend dieser Austausch sein kann.

Podeste, die es GrundschülerInnen aller Altersstufen überhaupt erst ermöglichen, die Smartboards zu bedienen, können nicht über den Stadthaushalt angeschafft werden. Stattdessen wird den LehrerInnen geraten, Fußbänke aufzustellen auf die die Kinder steigen können. Um Verletzungen zu vermeiden, könnten sie hinter dem Kind stehen, um es ggf. aufzufangen. Damit bleibt den KollegInnen dabei folglich aber nur die Wahl ihre Aufmerksamkeit auf das Kind am Smartboard oder den Rest der Klasse zu richten. In wie vielen Klassen ist dies möglich?

Solange den KollegInnen nicht die Zeit und die unterstützenden Ressourcen eingeräumt werden, die technischen Vorteile pädagogisch sinnvoll zu nutzen, bleibt der erwünschte Mehrwert leider wohl in vielen Fällen auf der Strecke. Die Smartboards bleiben dann das, was sie nicht mehr sein sollten: Tafeln.

Katrin Korte



100 Jahre Frauenwahlrecht

Die Geburtsstunde des Frauenwahlrechts in Deutschland am 12. November 1918 ist der Aufruf an das Deutsche Volk vom Rat der Volksbeauftragten. Hier heißt es:

"Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems

für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen".

Die ersten Wahlen für und mit Frauen

Am 30. November 1918 trat in Deutschland das Reichswahlgesetz mit dem allgemeinen aktiven und passiven Wahlrecht für Frauen in Kraft.

Am 19. Januar 1919 konnten Frauen zum ersten Mal in Deutschland reichsweit wählen und gewählt werden, denn am 19. Januar 1919 fanden allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen zur verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung statt. 300 Frauen kandidierten. 37 Frauen - insgesamt gab es 423 Abgeordnete - werden schließlich gewählt.

https://www.lpb-bw.de/12_november.html

Sanierungsstau bei Schulgebäuden

Schulgebäude gehören zum Kern kommunaler Infrastruktur. Etwa ein Drittel der kommunalen Gebäudefläche entfällt auf Schulen. Entsprechend umfangreich sind die kommunalen Ausgaben für Bau, Unterhalt und Modernisierung von Schulgebäuden. Jedoch fließen laut Aussagen der Kämmer*innen aus dem Jahr 2016 nur 20 Prozent der geplanten Investitionen in Schul- und Bildungseinrichtungen. Der kommunale Investitionsrückstand in den 53.500 Kommunen beträgt rund 34 Milliarden Euro. Seit 1995 sinken die Bauausgaben kontinuierlich. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Investitionsschwäche der finanziell angeschlagenen Kommunen trotz verschiedener Konsolidierungs- und Entschuldungsprogramme der Länder nicht nachhaltig gemildert wurde. Angesichts des mangelhaften Bauzustands vieler Schulgebäude bedrohen die ausbleibenden Investitionen die langfristige Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems. Für das Jahr 2018 hat die NRW-Landesregierung eine Erhöhung der Schulpauschale um neun Millionen Euro versprochen, zudem dauerhaft deren Dynamisierung. „Wer beste Bildung will, muss Investitionen der Schulträger besser unterstützen. Neun Millionen können nur der erste Schritt sein“, kommentierte Michael Schulte, Geschäftsführer der GEW NRW, das Vorhaben.

Mehr unter www.gew-nrw.de/schulsanierung_kue/ KfW

Quelle: nds 10-2017

Einfach mal abschalten Regelmäßige Pausen sind wichtig

In der Mittagspause über Dienstliches sprechen oder gleich ganz durcharbeiten – für viele Beschäftigte Alltag. Aber wer auf regelmäßige Pausen verzichtet, schadet auf Dauer seiner Gesundheit.

Eine immer größer werdende Ablage mit Aufgaben, ständige Anrufe und zwischendrin eine Besprechung – Termindruck und hohes Arbeitstempo sind für viele Beschäftigte Alltag. Im Zuge der Digitalisierung dringt die Arbeit auch mehr in den privaten Lebensbereich. Nötige Pausen sind dabei oft nicht drin. Diese haben mitunter sogar einen schlechten Ruf: Wer bewusst und pünktlich Pause macht, gilt in manchen Abteilungen als weniger leistungsbereit. Doch das Gegenteil ist der Fall: Pausen halten langfristig gesund und leistungsfähig.

Quelle: zukunft jetzt 1.2017



Pausen sind wichtig

- Sie helfen, Rückenschmerzen, Verspannungen und Kopfschmerzen zu vermeiden
- Sie laden den eigenen Akku auf
- Der nötige Erholungsbedarf lässt sich nicht aufschieben, zum Beispiel auf das Wochenende oder den Urlaub
- Die Leistungsfähigkeit wird verbessert: Man arbeitet konzentrierter, schneller, motivierter und ist kreativer
- Pausen sind wichtig für die Konzentration: Weniger Fehler, weniger Arbeitsunfälle
- Sie helfen, einen dauerhaften Erschöpfungszustand oder eine Arbeitsunfähigkeit zu vermeiden

Pausen & Recht

Diese Pausen/Ruhezeiten sind durch das Arbeitszeitgesetz gesetzlich vorgeschrieben:

- Mindestens 11 Stunden zwischen Feierabend und Arbeitsbeginn (in Ausnahmefällen Verkürzung auf 10 Stunden möglich, Ausgleich erforderlich)
- Anrecht auf eine Pause nach 6 Stunden Arbeit
- Über 6 und bis zu 9 Stunden Arbeit: Mindestens 30 Minuten Pause
- Arbeitszeit über 9 Stunden: Mindestens 45 Minuten Pause
- Die 30 bzw. 45 Minuten können im Ganzen genommen oder in mehrere Pausen mit jeweils mindestens 15 Minuten aufgeteilt werden

Richtig Pause machen

- Mittagspause in voller Länge nehmen
- Nach Möglichkeit alle 60 bis 90 Minuten eine Pause von mindestens fünf Minuten machen. Sie sollten aber nicht die Mittagspause ersetzen
- Finger weg von jeglichen Arbeitsmaterialien. Handy und Telefon auf „stumm“ schalten
- Das Mittagessen oder den Kaffee bewusst genießen
- Ein kleiner Spaziergang baut Stress ab, ist gut für den Kreislauf und das Muskel-Skelett-System
- Täglich eine To-do-Liste machen, in der der Punkt „Pause“ vorkommt
- Power-Napping: Ein 20-minütiger Mittagsschlaf ist sehr erholsam. Länger sollte er aber nicht sein
- Im Urlaub Handy ausschalten

Machen, was entspannt

Das ist in fünf Minuten möglich:

- Augen zumachen und die Gedanken schweifen lassen
- Spaziergang durchs Haus
- Kaffeepause
- mit Kollegen plaudern
- Dehnübungen
- Lieblingssong anhören

Top 5 Pausenkiller:

- am Schreibtisch essen
- währenddessen dienstliche Mails checken
- dienstliche Angelegenheiten besprechen
- Erst pausieren, wenn man bereits erschöpft ist
- Pausen dauernd für private Einkäufe und Termine zu nutzen

Es fehlt an einer rationalen Wirtschaftspolitik – endlich mit dem Neoliberalismus brechen.

Für Schuldentilgung und Arbeitszeitverkürzung von Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup

In der EU fehlen 25 Millionen Arbeitsplätze. In Deutschland mindestens 6 Millionen. Und vier von zehn Beschäftigten haben in der EU nur eine atypische Beschäftigung, d.h., sie arbeiten nicht Vollzeit, haben keinen unbefristeten Arbeitsvertrag und sind nicht sozialversichert. In Deutschland arbeiten von den 39,1 Millionen abhängig Beschäftigten 7,3 Millionen Menschen nur geringfügig in einem Mini- und Midijob. Das sind 18,7 Prozent aller Beschäftigten. Das von den atypisch Beschäftigten erzielte Arbeitseinkommen ist dabei erbärmlich niedrig. Trotzdem, so die selbsternannten Eliten in Politik und Wirtschaft und ihre Helfer in Wissenschaft und Medien, seien die Arbeitsmärkte in einem guten Zustand. Mehr Volksverdummung geht nicht! Fakt ist vielmehr, das der hochproduktive Kapitalismus immer weniger den Menschen im Produktionsprozess braucht, obwohl er der einzige Neuwert schaffende Produktionsfaktor ist. Die sich immer mehr verbreitende Digitalisierung („Fabrik 4.0“) wird dazu ein Übriges beitragen. Karl Marx wird am Ende Recht behalten. Nicht nur in den Entwicklungs- und Schwellenländern, sondern auch in den Industrieländern wird es zu einer tiefen Verelendung kommen. Zumindest wird sich die heute schon stark segmentierte Gesellschaft in Arm und Reich noch mehr aufspalten.

Die heute schon stark segmentierte Gesellschaft in Arm und Reich wird sich noch mehr aufspalten

Die Armutquote in Deutschland, einem der reichsten Länder der Erde, beträgt bereits 16 Prozent. Jedes 5. Kind wächst bei uns in bitterer Armut auf.

Dies alles ist das Ergebnis einer seit Mitte der 1970er Jahre eingesetzten Neoliberalisierung. Das neue Paradigma löste den wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegs-Keynesianismus ab, der speziell in der alten Bundesrepublik zur ordnungstheoretischen Konstituierung der

„sozialen Marktwirtschaft“ führte. Die Kapitaleigentümer akzeptierten dann aber eine sich aus dem „Sozialen“ notwendig ableitende Umverteilung der immer arbeitsteilig geschaffenen Wertschöpfung zu ihren Lasten nicht mehr. Die Lohnquote war, auch in Anbetracht einer Vollbeschäftigung bis zur Weltwirtschaftskrise 1974/75, kräftig gestiegen und in Folge die Profit- bzw. Mehrwertquote gesunken. Hinzu kam eine Verschlechterung des Quotienten aus Arbeitsproduktivität und Kapitalintensität. Es musste immer mehr Kapital für die Schaffung eines Arbeitsplatzes eingesetzt werden, um so eine zusätzliche Einheit Arbeitsproduktivität zu schaffen. Das Steigen der Lohnquote in Verbindung mit der verschlechterten Relation aus Arbeitsproduktivität und Kapitalintensität führte zu einer fallenden Profitrate, der aus Sicht des Kapitals entscheidenden wirtschaftlichen Kennziffer.

Spätestens seit Beginn der 1990er Jahre war dann Schluss mit lustig. Die aufkommende Massenarbeitslosigkeit schaffte für die Kapitaleigner ein neues Klima: Existenzangst kam unter den Beschäftigten auf. Unter dem Duktus einer Shareholder-Value-Doktrin wird seitdem in der marktbezogenen Primärverteilung von den Arbeits- zu den Kapitaleinkünften, also von unten nach oben, kräftig umverteilt. Die Profitrate steigt seitdem wieder. Und die neoliberale Politik, beherrscht von den Finanzoligarchen, hilft dabei in der Sekundärverteilung noch mit. So wurde die Steuer- und Sozialabgabenpolitik einseitig zu Gunsten der hohen Einkommen und Vermögen ausgerichtet. Belastet wurden dagegen die mittleren und unteren Arbeitseinkommen – insbesondere auch durch eine drastische Erhöhung der indirekten Verbrauchssteuern.

Das Ergebnis der weltweiten neoliberalen Umverteilungsorgien war dann, mit entsprechenden Vorkrisen, die 2007 ausbrechende schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1920er Jahren. Die akkumulierten ungleich verteilten



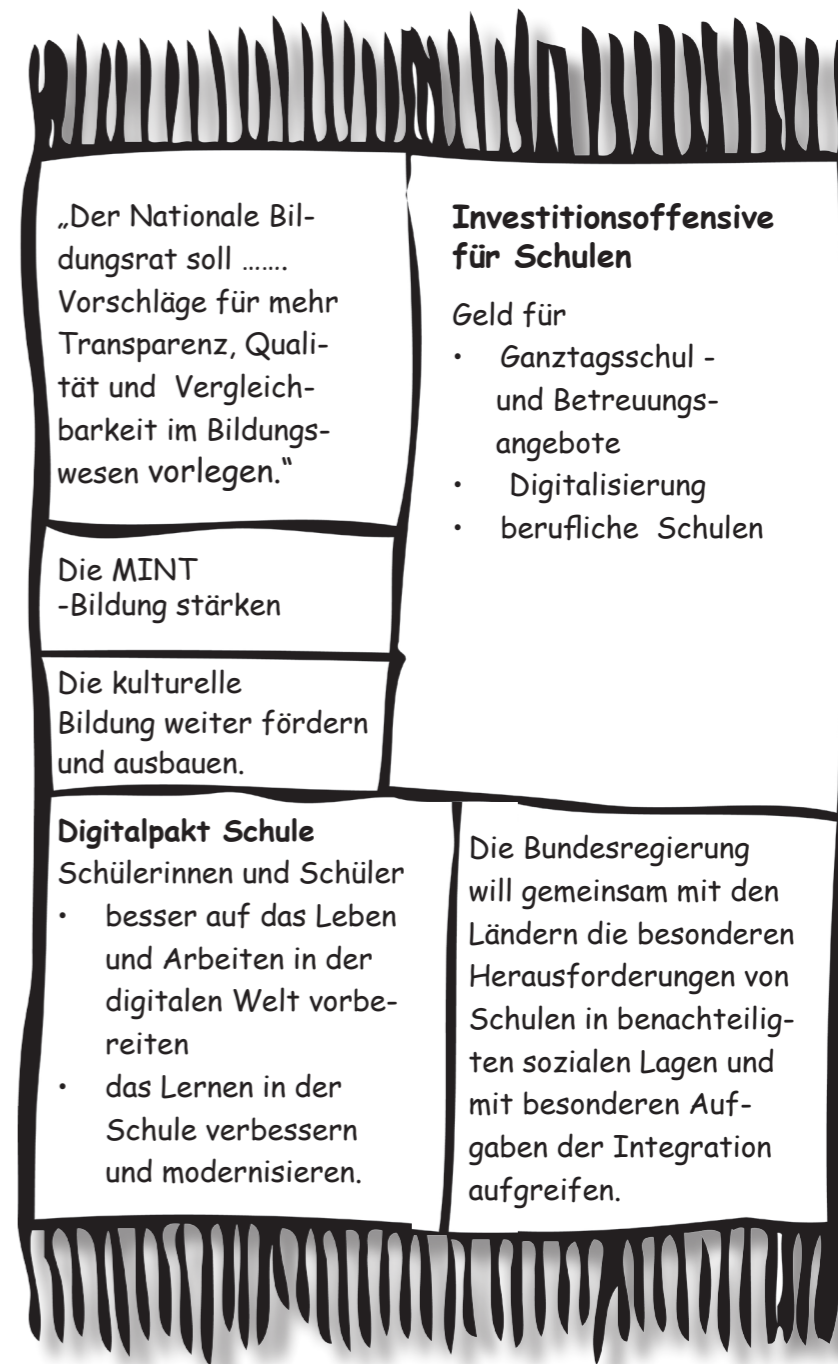
Kapitalbestände fanden keine profitable Verwertung mehr und die zuvor aufgebauten Finanzblasen platzten jämmerlich. Die Krise vernichtete Millionen von Arbeitsplätzen. Das Kapital der Reichen und Vermögenden aber nicht. Dazu musste das Konto Staatsverschuldung erhalten. Überall auf der Welt schoss die Staatsverschuldung zur Krisen-Kompensation durch die Decke. Da die Reichen ihr Vermögen nicht verloren, gaben sie den Staaten die notwendigen Kredite zur antizyklischen keynesianischen Gegensteuerung bzw. zur Finanzierung ihrer Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme und erhielten dafür Zinsen. Dies machte am Ende die Reichen noch reicher und erhöht seitdem den politischen Druck auf die staatlichen Sozialhaushalte durch eine eingeforderte Austeritätspolitik und staatlich installierte Schuldenbremsen.

Die Finanzkrise von 2007 vernichtete Millionen von Arbeitsplätzen. Das Kapital der Reichen und Vermögenden aber nicht

Die aufgelaufenen Staatsschulden sind aber in vielen Ländern zu hoch, sagt der renommierte US-Ökonom Michael Hudson, der übrigens 2006 die dann 2007 einsetzende schwere Finanz- und Wirtschaftskrise vorhergesagt hat, dass es allein mit Wirtschaftswachstum kaum noch möglich ist, die Schulden mit entsprechenden Zinszahlungen zu tilgen. 2008 wurde, so stellt Hudson zu Recht in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau fest, der entscheidende Fehler gemacht. Die Regierung von Obama entschied sich, die Banken bzw. die vermögenden Gläubiger zu retten und nicht die Schuldner. Anstatt einen gezielten Kapitalschnitt bei den Reichen und Ver-

Flickenteppich Koalitionsvertrag 2018 der Bundesregierung

Der Flickenteppich wurde gewebt aus Absichtserklärungen (Punkt IV.1 Allgemeine Bildung und Schulen) des Koalitionsvertrags. Aktuelle Themen aus dem Bildungsbereich wurden bunt zusammengewürfelt. Brennende Probleme wie Lehrermangel, marode Schulen, zu große Klassen, etc. wurden nicht thematisiert. Inklusion und Integration werden erwähnt, sind aber nicht Hauptthemen.



Martina Albretsen

mögenden zu machen, um damit einen Neustart in der produzierenden Wirtschaft zu ermöglichen, wurde lediglich ein „atomisierter Kapitalschnitt“ durch eine Niedrigzinspolitik der Notenbanken vorgenommen. Hierunter leiden aber auch die Millionen von Kleinsparer. Völlig zu Unrecht, und die Wirtschaft wurde in einen gefährlichen deflatorischen Zustand versetzt. So wird es zu keiner Gesundung kommen. Im Gegenteil: Hudson befürchtet ohne einen gezielten Schuldenerlass eher ein Kollabieren der Weltwirtschaft.

Wie verhängnisvoll die nach der Finanzkrise weiter betriebene neoliberale Wirtschaftspolitik gewirkt hat, kann man im Fall Griechenland studieren. Ein hier nicht vollzogener ausreichender Kapitalschnitt, dafür aber eine umgesetzte und kontraproduktiv wirkende Austeritätspolitik, hat das Land in eine Elendsökonomie verwandelt. Selbst der neoliberale Internationale Währungsfonds (IWF) fordert mittlerweile für Griechenland einen Schuldenschnitt. Der Abbau der aufgelaufenen Schuldenlast von 300 Milliarden Euro sei von den Griechen nicht mehr aus eigener Kraft zu bewältigen.

Eine sicher notwendige Schuldenstreichung in vielen Staatshaushalten wird aber nicht ausreichend sein. In der real produzierenden Ökonomie bedarf es zusätzlich auch einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich zur Bekämpfung der wirtschaftlich kontraproduktiven Massenarbeitslosigkeit. Ohne eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote und damit Senkung der Profitquote wird dies aber nicht zu haben sein. Dies ist auch gut so! Hier schließt sich dann der wirtschaftliche Kreislauf wieder. Das neoliberal zu den Profiten umverteilte Geld fließt nicht mehr spekulativ an die Kapitalmärkte ab, sondern verbleibt sinnvoll für Konsum und Investitionen in der produzierenden Wirtschaft und schafft Arbeit, wenn auch diese für Vollbeschäftigung nicht mehr hinreichend sein wird. Dafür wird dann die Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich verkürzt und in Zukunft werden die Produktivitätszuwächse, auch die aus der Digitalisierung, gerecht zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt.

Der Autor ist Wirtschaftswissenschaftler am Fachbereich Wirtschaftsrecht an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Campus Recklinghausen und Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik e.V.

Nachzulesen unter:
<https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/download-koalitionsvertragsquelle-spd-100-downloadFile.pdf>, S.28/29

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband
Gelsenkirchen und Gladbeck



Bildungsbenachteiligung beenden!

Beste Bildung für ALLE!



Kommt zur Kundgebung!

Freitag, den 27. April 2018 um 14 Uhr

**vor dem Hans-Sachs Haus
Ebertstraße 11, 45879 Gelsenkirchen.**

**Ansprache durch die Landesvorsitzende der GEW NRW
Dorothea Schäfer**

V.i.S.d.P.
Lothar Jacksteit, GEW Stadtverband Gelsenkirchen,
Essener Str.88, 45894 Gelsenkirchen